

KORREKTUR

Inhalt
DDR
Seiten 2, 3 und 5
**Jugend für
Sozialismus**
Seiten 6 und 7

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 119 - April 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Wer zahlt
die „Kosten
der Einheit“?

STORNOT

Schluß mit der unsozialen Politik

Im Mittelpunkt der derzeitigen politischen Diskussion steht die Frage nach den „Kosten der Einheit“. Die Kohl-Regierung wiegelt in dieser Frage ab: In der Deutschlandpolitik werde alles so glatt über die Bühne laufen, daß der BRD-Bürger keine Angst vor Steuererhöhungen oder dergleichen zu haben brauche.

KORREKTUR

Welche Konsequenzen hätte die Einführung der Währungsunion? Sie würde die DDR-Industrie über Nacht der direkten Weltmarktkonkurrenz ausliefern. Schätzungen von Wirtschaftsfachleuten gehen von drei Millionen Arbeitslosen aus, die durch Betriebschließungen anfallen werden. Dies bedeutet für viele DDR-Bürger soziale Unsicherheit und das Elend der Isolation von der Gesellschaft. Arbeitslosigkeit bedeutet auch hohe Kosten, die auf die Gesellschaft zu-

Nach der „Wirtschaftswoche“ fallen für das „Ausgleich der Rentenkassen“ weitere zweistellige Milliardensummen an. Von geplanten Investitionsanreizen über Hilfen für den Ausbauder Infrastruktur bis zur Begleichung der DDR-Staatsverschuldung - von einer dreistelligen Milliardensumme als „Kosten für die Einheit“ kann ausgegangen werden.

Alles für den Profit?

Weiter hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ errechnet, daß zur Subventionierung der Löhne, würden sie in DM ausgezahlt werden, 90 Mrd. DM aufgewendet werden müssen.

Früher oder später werden die Arbeiter in der BRD zur Kasse gebeten - Kohl versucht dies aber bis nach der nächsten Wahl mit schönen Sprüchen zu verdecken. Die Unternehmer und die Bundesregierung wollen durch ihr Engage-

ment in der DDR vor allem hohe Profite garantieren. Die Milliarden werden der Bevölkerung der DDR letzten Endes nicht zugute kommen. Gelöst werden könnte das Problem, wenn anstelle von Konzernen und Banken die Arbeiter in der DDR und in der BRD selbst die Kontrolle über die Wirtschaft hätten. Ohne Beeinträchtigung des Lebensstandards der Arbeiter im Westen würden sich die Kollegen in der DDR das technische Know-how der BRD zunutze machen. So können sie ihren Lebensstandard drastisch erhöhen und die im Umwelt- und sozialen Bereich notwendigen Maßnahmen durchführen.

Die Profite der Unternehmer sind in den letzten Jahren gestiegen. Wir lassen nicht zu, daß wir mit dem Argument der „Einheit“ zur Kasse gebeten werden, nur damit die Unternehmer in der DDR noch mehr Profite machen können und dort an Stelle der Bürokraten die Arbeiter gängelt. Die Kollegen in der DDR und in der BRD haben gemeinsame Interessen im Kampf gegen Unternehmerwillkür.

Große Koalition - nein danke!

Die SPD kann in der Abwehr von Kohls Politik eine wichtige Rolle spielen. In letzter Zeit betonte die SPD-Führung, daß sie vor allem für soziale Gerechtigkeit eintreten wolle. Warum orientiert dann aber ein Teil der Führung auf eine große Koalition - nicht nur in Ost, sondern auch in West? Wir

Andreas Paqué, Köln, Jungsozialist

Beispiel Stuttgart

Wohnungsnot wird größer

Ein Rentner begeht Selbstmord, weil er den Terror eines Spekulanten nicht mehr aushält. Ein Brandstifter begründet seine Tat damit, daß er keine Wohnung finden konnte und nun auf ein freies Zimmer im Gefängnis hofft. Eine Studentinbude mit vier Quadratmetern wird angeboten - das reicht gerade für ein Bett, einen Nachtschrank, einen Stuhl und ein Paar Schuhe Größe 43. Ein besonders schauriger Horrorfilm? Von wegen - nur der Stuttgarter Wohnungsmarkt.

Die städtische Wohnungsvermittlung wurde schon vor einem Jahr geschlossen - es gab einfach keine freien Wohnungen mehr zu vermitteln. 4300 Wohnungssuchende sind allein in der Notfallkette gespeichert. Insgesamt fehlen in Stuttgart etwa 10.000 Wohnungen und jedes Jahr gehen noch einmal 500 durch Abriß oder Zweckentfremdung verloren.

Jedes Jahr fallen den Spekulanten 1500 Wohnungen in die Hände (in den

80er Jahren insgesamt jede zehnte) und werden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Kein Wunder, daß die Mieten in astronomische Höhen steigen, allein im letzten Jahr um 20%. Besonders für Jugendliche, für junge Familien, Alleinerziehende und Rentner wird es immer schwerer, noch eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu finden. Auch wenn der Zustrom von Aus- und Übersiedlern den Kampf um

freien Wohnraum noch weiter verschärft, trifft diese Menschen keine Schuld an der Wohnungsnot. Seit 1983 hat sich die Bundesregierung immer mehr aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Im letzten Jahr wurden gerade noch 15.000 Sozialwohnungen gebaut, dabei brachten wir gut eine Million. Außerdem sind die meisten neuen Sozialwohnungen nur für fünf oder zehn Jahre an den „sozialen“ Mietpreis gebunden, der auch schon hoch genug ist. Weil der Kauf von bestehendem Wohnraum steuerlich gleich subventioniert wird wie der Neubau, werden weniger neue Wohnungen gebaut. Stattdessen blüht die Umwandlungsspekulation, die Mieten steigen noch schneller, und der Wohnungsmarkt wird noch enger.

Um den Mietehaien noch mehr Macht zu geben, wird der Mieterschutz immer weiter ausgehöhlt.

Wohnungsbauprogramm muß her!

Aber auch die Stuttgarter CDU-Stadtväter tragen ihren Teil zur Verschärfung der Wohnungsnot bei. Anstatt entschlossen gegen Zweckentfremdung und Spekulanten vorzugehen und eine öffentliche Kampagne zur Aufdeckung leerstehenden Wohnraums zu starten, gaben sie die Verfiigungsgewalt über die städtischen Wohnungen an eine Tochtergesellschaft ab. Der Gemeinderat kann nicht einmal mehr mit seinen eigenen Wohnungen Politik machen.

Anstatt die Unsummen, die für Prestigeobjekte verschleudert werden, für den Wohnungsbau zu nutzen, bezahlt die Stadt jetzt eine Prämie für die Neuvermietung von Wohnraum, der länger als drei Jahre leergestanden hat. Dabei ist es in Stuttgart eigentlich strafbar, Wohnraum länger als drei Monate leerstehen zu lassen.

Statt die Spekulanten noch zusätzlich zu unterstützen, muß die Stadt endlich alle bestehenden rechtlichen Mittel zur Sicherung von billigen Wohnraum nutzen. Aber dadurch allein läßt sich die Wohnungsnot nicht beheben. Nur ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm kann den Spekulanten und Mietehaien den Garaus machen.

Kai Ruoff, Stuttgart, Jungsozialist

Der Kommentar

Volkskammerwahl

Abstimmung für eine schnelle Einheit

Das Ergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März stellt einen Rückschlag für die Arbeiterbewegung in Ost und West dar. Nach 40 Jahren stalinistischer Unterdrückung im Mantel des angeblich „real existierenden Sozialismus“ konnten bei sehr hoher Wahlbeteiligung die offen bürgerlichen und prokapitalistischen Kräfte eine Mehrheit gewinnen. Der Kursanstieg für DM und Aktien drückt aus, daß viele westdeutsche Kapitalisten jetzt hoffen, die Beutestücke in der DDR sich rasch aneignen zu können.

Das für viele unerwartet schlechte Abschneiden der SPD vor allem im Süden der DDR sollte für alle SPD-Mitglieder auch in der BRD Grund zum Nach- und Überdenken sein. Denn in wenigen Wochen hat es die Wahlkampfführung der Ost-SPD mit Hilfe der Ratgeber aus dem Westen nicht fettebracht, die anfänglich positive Grundstimmung für die SPD in einem Wahlsieg am 18. März umzuwälzen.

Für Kohl, der im Westen unpopulärer war und gerade im Saarland empfindlich verloren hatte, ging es bei dieser Wahl ums politische Überleben. CDU und CSU führten in der DDR über ihre dortigen Ableger eine Material- und Schlammenschlacht, der die SPD weder politisch noch organisatorisch viel entgegenzusetzen hatte. Die demagogische Anti-Sozialismus-Propaganda der „Allianz für Deutschland“ ließ die SPD erstarren wie das Kammerhorn im Angesicht der Schläge und drängte die Sozialdemokraten in eine ängstliche, defensive Position. Und wer in einem stark polarisierten Wahlkampf vor dem Hintergrund großer Stimmungsschwankungen in die Defensive geht, der kann die schwankenden, verunsicherten Wähler nicht auf seine Seite ziehen.

SPD zwischen den Stühlen

Programmatisch vertrat die SPD ohnehin kaum andere Ziele als die Bürgerlichen: „soziale“ Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Währungsunion, Vereinigung mit der BRD auf kapitalistischer Grundlage. Viele Arbeiter wählen da lieber direkt das bürgerliche Original als die sozialdemokratische Kopie, zumal es scheinbar am einfachsten wirkte, per Stimmzettel einen schnellen Anschluß zu erreichen, von dem die Masse eine rasche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhofft.

Die SPD schaffte es virtuos, sich zwischen die Stühle zu setzen. In Sachen bürgerlicher Nationalismus und Kapitalismus sofort wirkte die „Allianz“ mit dem Bonus des West-Kanzlers glaubwürdiger. Auf der anderen Seite konnte die PDS, Nachfolgeorganisation der stalinistischen SED, die Ängste der Mieter, der Rentner, Studenten und Mütter mit kleinen Kindern vor dem mit einer Wiedereinführung des Kapitalismus verbundenen Sozialabbau und Rückgang im Lebensstandard speziell der unteren Einkommensgruppen viel besser ausdrücken. Mit SPD-Parolen wie „Sachsen – meine Heimat“ und „mit Anstand und Würde“ sind nun mal keine Wahlen zu gewinnen. Mit der Ankündigung einer möglichst breiten Koalition offenbar auch nicht.

Die Wahlergebnisse waren DDR-weit recht unterschiedlich. Ins Auge springen vor allem Sachsen und Thüringen, wo die konservative „Allianz“ ganz satte Mehrheiten erreichte, wie die CSU in ihren besten Jahren kaum in Bayern. Hierbei spielt sicherlich auch mit, daß die von der Hauptstadt relativ weit weg wohnenden Sachsen und Thüringer sich am wenigsten von Berlin vertreten sahen und mit diesem Staat identifizieren konnten und am schnellsten den Anschluß an die Bundesrepublik wollten.

Viele Arbeiter, die „normalerweise“ eher von der SPD die Vertretung ihrer Interessen erwarten, wählten bei diesen Wahlen die Allianz-Parteien, um eben die schnelle Einheit zu erzwingen, wie sie etwa die DSU in einem Flugblatt versprach: „Unser Weg zur Einheit Deutschlands – keine Konserverierung der DDR, keine Konföderation: Einheit sofort – Währungsverbund mit sozialer Sicherheit: ab 18. März D-Mark!“ (Originalton Flugblatt der DSU-Jena)

Das DDR-Wahlergebnis scheint zunächst die Position Kohls gestärkt zu haben. Doch Kohl hat in der DDR Erwartungen geweckt, die er jetzt kaum wird erfüllen können. Die Kosten einer Politik mit Zerschlagung Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR werden der arbeitenden Bevölkerung huben wie drüben aufgebürdet werden, während Unternehmen, Bankiers und frühere Grundbesitzer nur zum Absahnen bereit sind. Aus wahlaktischen Gründen könnte die Bundesregierung zwar versuchen, die Lasten zunächst durch höhere Staatsverschuldung zu finanzieren. Doch spätestens nach der Bundestagswahl wird die Masse zur Kasse gebeten werden.

Schon gleich nach der DDR-Wahl klangen die Töne aus Bonner Regierungskreisen hinsichtlich Vereinigung und Währungsunion viel gemäßliger und bescheidener. Über kurz oder lang werden sich viele Allianz-Wähler in ihren Hoffnungen und Illusionen getäuscht sehen, und es wird ihnen dämmern, daß es doch keinen bequemen Schleichweg zur Verbesserung der Lebensverhältnisse gibt, als die Revolution fortzusetzen.

SPD-Mitglieder in BRD und DDR sollten in diesen Tagen und Wochen laustark gegen Tendenzen an der Parteispitze protestieren, mit den Konservativen eine „Große Koalition“ zu bilden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die SPD ihre sozialistischen Traditionen verleugnet und unter der Parole vom „Gemeinwohl“ die Drecksarbeit des Kapitals erledigt. Im Gegenteil: Ein offenes Vorgehen, ein sozialistisches, d.h. antikapitalistisches und antistalinistisches Profil ist nötig.

VORAN

Zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitschrift
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11

Bankverbindung: Postgroat Essen, Kto.-Nr. 2500 59-430

DDR nach der Wahl

Welches Programm für die Arbeiterbewegung?

Mit dem Wahlsieg der „Allianz“-Parteien in der DDR verbindet die arbeitende Bevölkerung hohe Erwartungen: höheren Lebensstandard und bessere Lebensqualität sowie soziale Absicherung. Sie glauben, daß ihnen dies alles durch die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ und die Kohl-Regierung gebracht wird. Doch weder Kohl noch die privaten Kapitalisten sind Weihnachtsmänner, die selbstlos Geschenke verteilen.

Im Wahlkampf hat Kohl zwar wahre Wunder versprochen. Doch man muß genau auf die Zwischenöne hören: Natürlich werde der Lebensstandard „nicht sofort“ steigen; es werde „Anpassungsprobleme“ geben; Arbeitslosigkeit sei am Anfang „unvermeidlich“; die Löhne müßten „zunächst“ niedrig bleiben; das Gewerkschaftsgesetz beinhalte zu viele Rechte für die Arbeiter (!) und müsse als „Investitionshemmnis“ vom Tisch usw.

Wenn die Marktwirtschaft gewissenmaßen von Natur aus angeblich sozial ist, warum bestehen dann die „Hemmnisse“ vor allem in den sozialen Rechten der Arbeiter? In den Kindergrippen und -tagesstätten, die für die arbeitenden Frauen so wichtig sind? Die Arbeiter im Westen haben die Erfahrung gemacht, daß ihnen nichts freiwillig geschenkt wurde. Um jeden Pfennig mehr Lohn, um jede Minute kürze Arbeitszeit, um jede soziale Verbesserung mußten sie hart kämpfen.

Soziale Rechte verteidigen

Darum sollten auch die Arbeiter in der DDR ihre Rechte zäh verteidigen und keine Verschlechterung mit dem Hinweis auf eine angeblich bessere Zukunft zulassen. Was die Kapitalisten und ihre Politiker einmal genommen haben, ist viel schwerer wieder zurückzuerobern. Daher sollten wir einstreiten für:

- kein Abbau der Preisinterventionen ohne Zustimmung der Bevölkerung und einen entsprechenden Ausgleich;
- Erhalt des kostenlosen Gesundheitswesens bei qualitativer Verbesserung;
- Kindergärten und -krippenversorgung für alle;
- Begrenzung der Mieten auf einen Anteil von höchsten 10% vom Nettoeinkommen; für ein umfassendes Wohnungsbauprogramm und Modernisierungsprogramm;
- keine Entlassungen ohne Ersatzarbeitsplätze; Arbeit oder vollen Lohn; - start Subventionierung der Arbeitslosigkeit: 35-Stunden-Woche für alle; - Mindestlohn und Mindestrente von 1000 Mark netto;
- Erhalt des Gewerkschaftsgesetzes und Ausbaus der Rechte der Arbeiter;
- keine Joint-Ventures ohne Zustimmung der Belegschaft; Erhalt der 49%-Klausel;
- keine Währungsunion auf Kosten der Arbeiter.

Keine Währungsunion

Eine Währungsunion würde die grundlegenden Probleme nicht lösen, sondern nur neue aufwerfen. Denn die Umstellung auf DM (selbst bei 1:1) bedeutet, daß relativ schnell mit den westlichen Waren auch das westliche Preisniveau kommt - bei DDR-Lohnniveau. Die DDR-Betriebe würden direkt der Konkurrenz mit westlichen Unternehmen ausgesetzt, was Mas-

senarbeitlosigkeit zur Folge hat. Der selbstvertretende Direktor von Robotron sagte in einem Interview mit der Financial Times, daß unter Weltmarktbedingungen nur 2000 der 68.000 Beschäftigten des Kombinars einen sicheren Arbeitsplatz hätten.

Wenn das für das angebliche Meisterkombinat Robotron gilt, was passiert dann erst mit anderen Betrieben? Selbst wenn es für die Arbeitslosenversicherung eine „Anschubfinanzierung“ aus der BRD gibt, werden große Teile der Arbeiter mit weniger Ein-



Die geplante Währungsunion führt zu großen Problemen für die Arbeiter.

Druck der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz ausbaden. Und dieser Weltmarkt ist bereits unter den stärksten kapitalistischen Ländern aufgeteilt. Staaten mit geringer Produktivität wie z.B. in der „Dritten Welt“ haben auf Dauer keine Entwicklungsmöglichkeiten. Selbst in vielen europäischen Ländern gibt es große soziale Probleme wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit: z.B. Handelsbilanzdefizite, hohe Staatsverschuldung, 10 Millionen Arme selbst in einem Land wie England, das immerhin zu den sieben reichsten Nationen des Westens gehört. Was wird dann erst auf die DDR zukommen?

Selbst wenn es einem Teil der DDR-Arbeiter vielleicht zunächst etwas besser ginge, so würden doch viele zu den Verlierern gehören. Außerdem bewegt sich die kapitalistische Marktwirtschaft immer in Aufschwüngen und Krisen. Und spätestens wenn die nächste Rezession hereinbricht, wird der bis dahin für einige vielleicht erreichte Lebensstandard wieder in Gefahr sein.

Arbeiterdemokratie

Die einzige Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus besteht darin, daß die Arbeitenden die Wirtschaft selbst kontrollieren und in die Hand nehmen. Nur durch demokratische Kontrolle und Teilnahme aller Werktätigen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen können Steigerungen der Effektivität, Befriedigung der Konsumbedürfnisse zu erschwinglichen Preisen und soziale Sicherheit erreicht werden.

Man kann nur kontrollieren, was einem auch gehört. Noch gibt es das Staats Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln. Und ein Schritt nach

Natürlich kann die DDR nicht isoliert alle Probleme lösen. Joint-ventures, Kapitalzufluß vom Ausland, Exporte zur Devisenwirtschaft sind sinnvoll und notwendig - aber nur, wenn es unter Kontrolle der Arbeiter läuft. Dazu ist auch die Beibehaltung des staatlichen Außenhandelsmonopols erforderlich.

Internationale Ausweitung

Vor allem aber ist es notwendig, enge Verbindungen mit der Arbeiterbewegung in der BRD und anderer Nachbarstaaten zu suchen: Zusammenarbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften; Arbeiter Einheit von unten zur gegenseitigen Unterstützung statt Einheit der kapitalistischen Bosse und der stalinistischen Bonzen. Eine demokratisch geplante Wirtschaft in der DDR im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die den Lebensstandard anhebt, die soziale Sicherheit erhält und die Selbstbestimmung der Werktätigen gewährleistet - das wäre ein positives Beispiel für alle Arbeiter in Ost und West.

Die Kapitalisten der BRD werden den Arbeitern der DDR keinen Wohlstand bringen. Doch das Wirtschaftspotential der BRD könnte trotzdem für die Arbeiter der DDR nutzbar gemacht werden, indem ein von der Arbeiterklasse der DDR wie der BRD aufgestellter gemeinsamer Wirtschaftsplan durchgesetzt würde.

Auf dieser Grundlage kann der Kampf für die Errichtung einer Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland aufgenommen werden, als erster Schritt auf dem Weg zu einem vereinigten Europa von demokratisch-sozialistischen Staaten.

Angela Bankert, Köln
JungsozialistIn

Warnstreik in Schwerin, DDR

„Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit!“ Ein aktiver Arbeiter berichtet

Überall in unserer Republik gibt es unzufriedene Werktätige. Viele Kollegen haben konkrete Forderungen zu organisatorischen, materiellen und strukturellen Problemen innerhalb ihres Betriebes. So auch in unserem Betrieb, einem Kreisbetrieb für Landtechnik im Bezirk Schwerin. Einige wenige sprachen über ebensolche Probleme offen und versuchten zu diesen einen gemeinsamen Standpunkt zu finden.

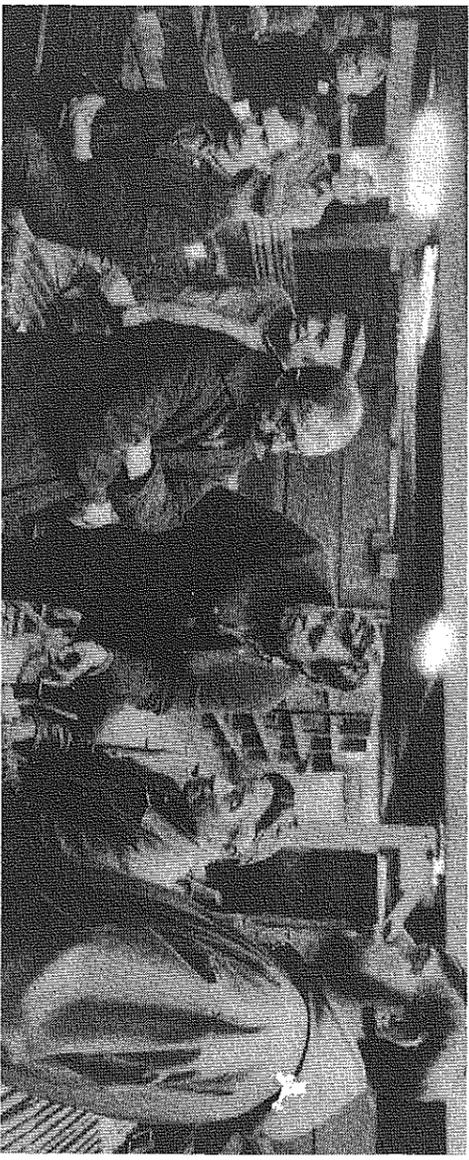
Wir machten fünf Forderungen auf. Wir wollten, daß unser Kaderleiter von seinem Amt entbunden wird, weil er einfach nicht mit Menschen umgehen kann, weil er eng mit der Stasi zusammengearbeitet hat, weil er Neinstellungen in der Vergangenheit mit einem Eintritt in die SED verhandelt und weil er Schuld daran hatte, daß aufgrund seiner Kadropolitik so mancher guter Kollege den Betrieb verließ. Unsere zweite Forderung bestand darin, daß unser Betrieb sich vom Kombinat löst, bei gleichzeitiger Rückübertragung unserer eingebrachten Vermögensanteile. Wir forderten weiterhin, daß wir mitbestimmen können über alle Fragen, die sich auf uns und unseren Betrieb beziehen. Die vierte Forderung bestand darin, daß alle, die in unseren Werkshallen arbeiten, zwei Tage Zusatzurlaub zur Regenerierung ihrer Gesundheit bekommen. Dies begründet sich aus der Tatsache, daß in unseren Werkshallen von Schweißen, Schleifen und Lauteinflüssen der Motor eine so schlechte Luft ist, daß man recht um seine Gesundheit besorgt sein muß.

und der Berufsausbildung sah es ganz anders aus. Viele konnten nicht verstehen, warum wir solche Forderungen stellten. Dazu muß man aber auch sagen, daß diese Kollektive durchgesetzt sind von Alt-SED-Leuten. Darum waren diese Kollegen auch nicht bereit, diese Forderungen mit einem Warnstreik zu unterstützen, im Gegensatz zu den Kollegen der Produktionskollektive.

Erster Anlauf

Unsere Forderungen wurden in unsere Gewerkschaftsleitung reingetragen, in der ich auch als einer von zwei Vertretern meines Kollektivs Mitglied bin. Jedes Kollektiv bekam durch ihren Sprecher die Möglichkeit, ihren Standpunkt zu dem Warnstreik und den Forderungen darzustellen. Im Großen und Ganzen war man sich einig, die Forderungen sind zu unterstützen und mit einem Warnstreik zu unterstützen. Dagegen waren, wie gesagt, die Kollektive Verwaltung und Berufsausbildung. Manchmal frage ich mich, sind das die Leute, die Leo Trotzki meinte, als er im Zusammenhang mit Gewerkschaften von Arbeiteraristokratie sprach? Es ist ja auch so, sie versuchen zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung zu vermitteln und stehen dabei auf der Seite der Betriebsleitung.

Als der Direktor auf der Sitzung unsere Standpunkte zur Kenntnis genommen hatte, versuchte er, eine Antwort auf jede Forderung zu geben und erklärte, was ein zweistündiger Warnstreik für unseren Betrieb bedeutet. Bei seinen Antworten verwies er immer wieder auf unsere Kombinatseitung und auf gesetzliche Bestimmungen. Zum Abschluß hat er uns um einen Aufschub bis zum 5. Februar 1990. Diese Rede des Direktors muß bei einigen Interessensvertretern (?) ihrer Kollektive getrübt haben. Bei der Abstimmung über einen Aufschub waren nur zwei Kollektive gegen die Beschlüsse. Also wurde der Streik verschoben. Aber verschoben ist nicht aufgehoben. Das war also unser erster Versuch, auf dem Gebiet Streikfähigkeit unsere Stärke (?) zu beweisen.



Arbeiter in einem DDR-Betrieb.

dabei ein bestimmtes Stundentpensum abrechnen können. Also war nicht an der Luftverschmutzung beteiligt ist, sondern den Dreck nur schluckt, bekommt keinen Zusatzurlaub. Punkt fünf: Geld gibt es auch mehr. 50 Mark brutto, vom Pförtner bis zum Direktor. (Na wenn schon, dann alle. Mehr Geld gab's leider vom Kombinat nicht.)

Urabstimmung

Nach seinen Ausführungen und einer kleinen Diskussion verließ uns dann der Direktor und wir warteten seine Antworten aus. Wir waren uns einig, daß das Angebot sehr mager war. Außer natürlich unsere konservativen Freunde in unserer Gewerkschaftsleitung. Für diese Leute war eben nicht mehr drin.

Das Thema Streik wollten wir diesmal nicht in diesem Gremium entscheiden. (Aus Fehlern lernt man.) Wir einigten uns also so, nach westlichem Vorbild eine Urabstimmung durchzuführen. Kontrovers ging es zu, als wir die Höhe der nötigen Stimmen

nisses stand fest, am Freitag, dem 9.2., werden wir einen zweistündigen Warnstreik abhalten. Dieses wurde mit 69,6% Mehrheit beschlossen.

Zweistündiger Warnstreik

Wir waren uns auch einig, die Zeit wird nicht nachgearbeitet. Durch die zwei Stunden Arbeitsausfall hat jeder einen Einkommensverlust von 10 Mark. Das geht noch. Soviel hat jeder übrig, obwohl es auch einige gab, die nach ihrer Meinung auf die 10 Mark ja vorher so geeinigt wer arbeiten will, kann arbeiten gehen. Am Freitag sah es dann so aus, daß von den Betriebsleuten sich die Beschäftigten versammelten, von 7.00 bis 9.00 Uhr.

Bei uns in Terzenow hatten wir zwei Transparente am Betriebsvorstand gebracht. Auf einem war das Wort „Warnstreik“ zu lesen, und auf dem anderen stand der Spruch: „Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit.“ Unser BGL-Vorsitzender hielt eine kleine Rede. Der stellvertretende Direktor sprach in seiner nachfolgenden

den Rede zu uns davon, daß die Betriebsleitung alles daran setzt, unsere Forderungen zu erfüllen. Dabei seien wir, ebenso wie der Direktor schon früher, auf das Kombinat und dessen Führung.

Natürlich waren wir, ich will uns mal als harten Kern bezeichnen, uns im Klaren darüber, daß dieser Warnstreik nicht das Ende der ganzen Aktion sein kann. Eigentlich wollten wir der Betriebsleitung nochmal zwei Wochen zur Realisierung unserer Forderungen Zeit lassen und dann mit einem ganz tätigen Streik drohen. Aber wir hatten vorher mal eine Meinungsumfrage gemacht, wer denn überhaupt bereit sei, einen ganzen Tag zu streiken und somit auf fast 50 Mark zu verzichten. Das waren die wenigsten. Ich glaube, diesmal hätte eine Urabstimmung wohl bloß 20 oder 30% gebracht, wenn überhaupt. Da haben wir gesehen, wo unsere Grenzen sind. (...)

Die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften sehe ich jetzt darin, sich strukturell neu zu organisieren, nämlich so, daß die Gewerkschaften konfliktfähig werden und eine breite Masse an Mitgliedern schnell mobilisieren können. Die Mitglieder müssen umfassend auf einen Streik- und Konfliktfall vorbereitet werden.

Es muß eben jedem erklärt werden, was für Folgen es haben kann, wenn man jetzt, aber auch später, nicht bereit ist, um etwas zu kämpfen. Weil die Neustrukturierung auch mit einem Personenaustausch verbunden ist, ist es wichtig, daß sich neue Leute in die Gewerkschaftsarbeit einbringen und den Leuten, die noch nicht aufgewacht sind, etwas Dampf machen. Ebenso ist es wichtig, hohe Mitgliederzahlen zu erreichen.

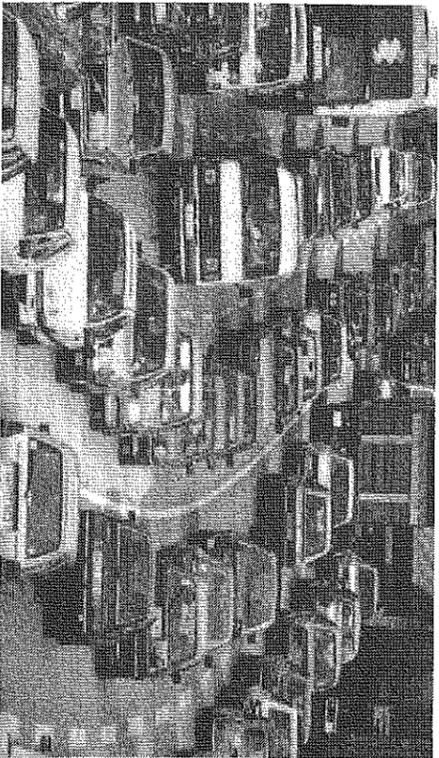
Eine starke Gewerkschaft hat auch politisch ein Wörtchen mitzureden. Bleibt zu hoffen, daß unsere Gewerkschaften noch die Kurve kriegen, bevor wir mitten in einem anderen Wirtschaftssystem stecken. Wenn wir das nicht schaffen, so sieht es nicht nur für uns katastrophal aus, sondern auch für die westlichen Arbeiter und ihre Gewerkschaften.

Ralf Beckmann, Parchim (DDR)
SPD-Mitglied

Orkane und Sturmfluten Erste Anzeichen der Klimakatastrophe?

Nach ungewöhnlich warmen Werten im Januar und Februar eine Serie von Orkanen über Westeuropa hinweg. 200 Menschen mußten ihr Leben lassen. Weitere Folgen waren schwere Sturmfluten an der Nordseeküste, umgebrochene und entwurzelte Bäume, ja ganze Waldstücke fielen dem Sturm zum Opfer, es gab Schäden an Gebäuden und Autos. Die Kosten der Zerstörung werden auf 20 Milliarden DM geschätzt.

Dieses auffällige Zusammenreffen von für den Winter extrem warmem Wetter und einer Häufung von Orkanen und Sturmfluten legt den Schluß nahe, daß hier etwas mit dem Wetter nicht mehr stimmt. Das sieht doch ganz nach den ersten Auswirkungen der kommenden Klimakatastrophe aus. Mit letztendlicher wissenschaftlicher Sicherheit kann man natürlich nicht sagen, daß das schon die Klimakatastrophe ist, denn auch früher hat es Häufungen von warmen Wintern und von Stürmen gegeben. Doch daß die Klimakatastrophe kommt, wenn nichts getan wird, ist unumstritten, und dann wird das noch viel verheerendere Auswirkungen haben. Zunächst einmal muß sofort etwas



Auch der Verkehr belastet die Umwelt.

geschehen, denn ein Stopp der Umweltbelastung wirkt sich erst nach Jahrzehnten auf das Klima aus. Sofortmaßnahmen sind:

- Energiesparprogramm zur Senkung der Emission von Kohlendioxid (CO₂);
- Maßnahmen gegen die Entstehung bzw. die Freisetzung von Spurengasen wie Methan, Distickstoffdioxid u.a., die

Langfristig ist die solare Wasserstoffwirtschaft die Lösung. Die kohlenstoffhaltigen fossilen Brennstoffe, auf denen die heutige Energiegewinnung basiert, werden durch solar erzeugten Wasserstoff ersetzt, so daß es keine CO₂-Emission mehr gibt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, heute die Forschung zu verstärken, v.a. im Hinblick auf die Verbilligung der Solarzellenherstellung. Verstärkte Nutzung der Kernenergie, wie von einschlägigen Kreisen propagiert wird, ist keine Alternative wegen der unlöslichen Sicherheits- und Entsorgungsprobleme.

Aber was geschieht? Außer schönem Gerede - so gut wie nichts! Der Kapitalismus ist offensichtlich unfähig und nicht willens, diese Aufgabe anzupacken, da das beträchtliche Ausgeben nötig macht und zu Profit einbußen führt. Werden in einzelnen Ländern Maßnahmen zur Schonung der Umwelt getroffen, so hat das meist Wettbewerbsnachteile dieser Länder zur Folge. Es ist daher kein Wunder, daß sich solche Initiativen gewöhnlich in engen Grenzen halten. So läßt man von den derzeitigen Technologen

nicht ab, da ja die teuren Anlagen weiterbetrieben werden sollen. Der diesjährige Forschungshaushalt ist z.B. wieder zu mehr als der Hälfte für Atomenergieforschung bestimmt.

Demokratisch planen!

Auch in der bürokratischen Planwirtschaft kann das Problem nicht gelöst werden. Hier setzt man bislang auf heimische Rohstoffe, auch wenn das völlig unsinnig war und ist. In der DDR wird 73% (!) des Energiebedarfs mit Braunkohle gedeckt, statt das umweltfreundlichere Erdgas zu importieren. Auch in der Volksrepublik China soll jetzt die einheimische Kohle verstärkt genutzt werden, um die Wirtschaft aufzubauen. Willkürlich niedrig festgesetzte Energiepreise sowie Fehlplanung in den Betrieben führten zu großer Energieverschwendung.

Nur die demokratische Planwirtschaft, in der die Arbeiter - das sind die Betroffenen - das Sagen haben, sowie internationale Zusammenarbeit bieten letztlich eine Handhabe zur Lösung dieser Probleme.

Matthias Scheibe, Stuttgart
Jungsozialist

Ist der Sozialismus tot?

„Der Sozialismus ist tot.“ Dies können wir zur Zeit tagtäglich aus Fernsehen und bürgerlicher Presse erfahren. Angesichts der grundlegenden Krise der stalinistischen Bürokratien in den Ostblockländern schlagen uns die Unternehmer ständig die Formel vom „Ende des Sozialismus“ um die Ohren.

Bundeskanzler Kohl und die konservativen Parteien machten in der DDR Wahlkampf mit den Slogans: „Freiheit statt Sozialismus“ und „Nie wieder Sozialismus“. Sie gewannen die Volkskammerwahl mit 48% der Stimmen. Vor allem auch Arbeiter wählten die „Allianz“-Parteien. Werden die Arbeiter, von denen Marx sagte, sie seien die Totengräber des Kapitalismus, nun die Totengräber des Sozialismus?

Die Arbeiter in der DDR haben über 40 Jahre den Sozialismus hassen gelernt. Die Regimes im Osten haben viele westliche Lohnabhängige skeptisch gegenüber dem „Sozialismus“ gemacht. Doch dies ist nichts Neues! Schon in den 30er Jahren lehnten Arbeiter in den USA den „Sozialismus“ bzw. „Kommunismus“, wie er angeblich in der Sowjetunion regierte, ab. Leo Trotzki, einer der Führer der Russischen Revolution von 1917 und konsequentester Kämpfer gegen den Stalinismus, schrieb 1934 in einem Aufsatz: „Wenn Amerika kommunistisch würde“.

Gegenwärtig sehen die meisten Amerikaner den Kommunismus einzig im Licht der Erfahrungen, die man mit der Sowjetunion gemacht hat. Sie haben Angst, der Sowjetismus würde in Amerika dieselben materiellen Ergebnisse hervorbringen, wie er sie dem kulturell rückständigen Volk der Sowjetunion beschert hat. ...

Es schaudert sie bei dem Gedanken, daß Amerikaner hinsichtlich ihrer Kleidungs- und Edgewohnheiten unter Aufsicht gestellt werden könnten, daß sie von Hungerrationen leben müßten, stereotyp offizielle Propaganda in den Zeitungen lesen müßten, daß sie Entscheidungen, die ohne ihre Mitwirkung zustande kämen, ohne viel zu überlegen ihre Zustimmung geben müßten. Sie fürchten eine Geldentwertung, bürokratische Tyrannei und unerträglichen Bürokratismus im alltäglichen Leben. Sie fürchten, daß sowohl in den Künsten und Wissenschaften als auch im Alltagsteilen eine seelenlose Gleichförmigkeit Einzug halten würde. Sie fürchten, daß jede politische Spontanität und die (vernünftliche) Freiheit der Presse durch die Diktatur einer monströsen Bürokratie zerstört werden würde. Und es schaudert sie bei dem Gedanken, daß ihnen die unbegriffliche Sprache der marxistischen Dialektik und der strengen Sozialwissenschaften glatt von der Zunge gehen könnte. Sie fürchten, mit einem Wort, daß Sowjetamerika das Ebenbild der ihnen vermittelten Version Eberhards werden wird.“

Genau dieselbe Einstellung finden wir bei vielen Arbeitern heute. Und wir Marxisten unterstützen die Arbeiter in den Ostblockländern in ihren Kämpfen gegen die bürokratische Unterdrückung. Doch die Ostblockgesellschaften waren nie sozialistisch gewesen. Der Sozialismus hat seine feste Grundlage in einer entwickelten Wirtschaft, die anknüpft an dem höchsten Niveau, das die bisherige kapitalistische Entwicklung erreicht hat. Eine Gesellschaft kann nie als sozialistisch bezeichnet werden, die unter dem Kapitalismus steht.

Sozialismus ist keine Utopie
Damit verbunden ist für eine sozialistische Gesellschaft die Voraussetzung, daß die Arbeiter selbst die wirtschaftliche und die politische Macht innehaben, daß sich der Staat aus von den Arbeitern gewählten Vertretern zusammensetzt, die jederzeit abwählbar sind und die nicht mehr als einen durchschnittenen Facharbeiterlohn verdienen dürfen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Staat immer mehr eine nur verwaltende Funktion übernehmen und damit als solcher überleben. Denn der Staat ist immer das Instrument der herrschenden Klasse einer Gesellschaft.

Ein demokratischer Arbeiterstaat, für den wir Marxisten eintreten, ist ein Staat, der von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung aktiv be-

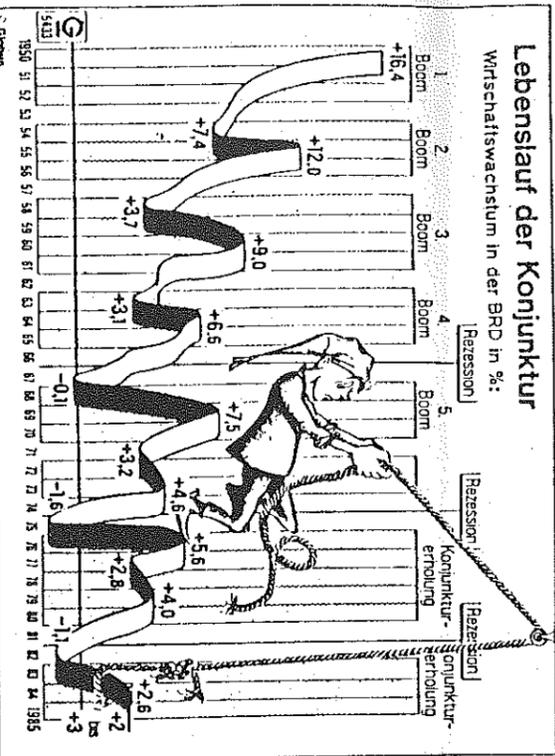
stimmt würde – im Gegensatz zum Kapitalismus, wo der Staat die Privilegien der Minderheit der Unternehmer schützt und zum Sozialismus, wo der Staat die Privilegien der Bürokratie verteidigt. Ein demokratischer Arbeiterstaat wird zwangsläufig staatliche Unterdrückungsfunktionen ablegen, wenn sich die Planwirtschaft weltweit durchgesetzt hat, das heißt, sich auf die modernsten Produktionsverfahren stützen kann. Eine solche Entwicklung zeichnet eine sozialistische Gesellschaft aus.

Das Auswuchern der Staatsbürokratie in den Ostblockländern war und ist der Beweis, daß sie weder sozialistisch waren noch sind. Die Krise des Stalinismus würde weniger Arbeiter beeindrucken, wenn nicht so viele Linke in der Arbeiterbewegung beeindruckt wären. In der Vergangenheit unterstützten nicht wenige Linke die Bürokraten entweder völlig kritiklos oder kritisch, aber ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Sie bezeichneten die Länder aber in jedem Fall als „sozialistisch“. Das Ergebnis: Viele von ihnen kapitalisieren heute vor der Marktwirtschaft, weil sie keine Alternativen sehen. Sie sagen: Die Marktwirtschaft ist überlegen, wir müssen sie nur sozial abedern, der Sozialismus ist aber noch gut als Idee, als Utopie, als geistiger Wert.

Wenn sie den Kapitalismus kritisieren, dann höchstens moralisch als etwas Schlechtes, in dem es Arbeitslo-

größere Vergesellschaftung statt. Diese steht aber immer größer werden. den Widerspruch zum Leitmotiv dieser Gesellschaft, daß nur etwas produziert wird, wenn es für den privaten Eigner Profit abwirft – egal, was die Bedürfnisse der Gesellschaft bzw. der Menschen sind. Ein paar hundert Millionen kontrollieren den gesamten Weltmarkt. Das heißt, ein paar tausend Großkapitalisten bestimmen über das Schicksal von fünf Milliarden Menschen.

Dieses System kann das, was es selbst geschaffen hat, nicht mehr kontrollieren. Es produziert immer wieder enorme Wirtschaftskrisen, die vieles zerstören, was in Aufschwungszeiten von den Arbeitern und unter dem Diktat der Unternehmer aufgebaut wurde. Sehen wir uns nur dieses Jahrhundert an: Die erste Hälfte sah zwei Weltkriege, die ihre Ursache in dem Streben der wichtigsten kapitalistischen Länder nach Ausdehnung ihres wirtschaftlichen Einflußgebietes hatten. Auf Grundlage der ungeheueren Vernichtungsgorgien des zweiten Weltkrieges war ein Nachkriegsboom möglich, der alles Bisherige in der Menschheitsgeschichte in den Schatten stellte. Aber: Erstens gab es noch größere Wachstumsraten in den stalinistischen Ländern zu dieser Zeit. Zweitens war eine wichtige Grundlage des Booms die drastische Verschärfung der Ausplünderung der „3. Welt“. Trotz stalinistischem Totalitarismus konnte in China der Hungertod über mehrere Jahrzehnte besiegelt werden, der kapitalistische Westen mußte für sein „Aublitzen“ Millionen Menschen in den Hungertod schicken. Der jetzige Aufschwung ist nur eine Momentaufnahme in einer grundsätz-



sicherheit auf der einen und „Konsumteror“ auf der anderen Seite gibt. Dies übertrug natürlich nicht die Masse der Arbeiter und Jugendlichen. Der Sozialismus ist genauso wenig Utopie wie der Kapitalismus, sondern eine Gesellschaftsform. Der Unterschied zwischen verschiedenen Gesellschaften ist, wer die wirtschaftliche und damit letzten Endes die politische Macht in den Händen hat. Auch der Kapitalismus löste eine niedriger entwickelte Gesellschaftsform, den Feudalismus, weltweit ab. Und so wie die heutige Propaganda der Unternehmer lautet, daß der Kapitalismus oder die „Marktwirtschaft“ das Beste sei, was die Menschheit erreichen könne, so schmettern in früheren Zeiten die Feudalherren dem austretenden Bürgertum das gleiche Dogma entgegen, mit dem Zusatz, daß der Feudalismus sogar göttgewollt sei.

Preis der kapitalistischen Entwicklung
Warum konnte sich der Kapitalismus schließlich gegenüber dem Feudalismus durchsetzen? Weil er fortschrittlicher in dem Sinne war, daß er die Produktivkräfte, die technischen Möglichkeiten in der Produktion, weiterentwickeln konnte. Die Menschheit machte unter dem Kapitalismus enorme Schritte nach vorne.

Sie erlebte die Entwicklung eines Weltmarktes und damit der Weltkommunikation, den Aufbau großer Produktionsstätten, die Entstehung der internationalen Arbeitsteilung. Das heißt, es fand und findet eine immer

größere Vergesellschaftung statt. Diese steht aber immer größer werden. den Widerspruch zum Leitmotiv dieser Gesellschaft, daß nur etwas produziert wird, wenn es für den privaten Eigner Profit abwirft – egal, was die Bedürfnisse der Gesellschaft bzw. der Menschen sind. Ein paar hundert Millionen kontrollieren den gesamten Weltmarkt. Das heißt, ein paar tausend Großkapitalisten bestimmen über das Schicksal von fünf Milliarden Menschen.

Dieses System kann das, was es selbst geschaffen hat, nicht mehr kontrollieren. Es produziert immer wieder enorme Wirtschaftskrisen, die vieles zerstören, was in Aufschwungszeiten von den Arbeitern und unter dem Diktat der Unternehmer aufgebaut wurde. Sehen wir uns nur dieses Jahrhundert an: Die erste Hälfte sah zwei Weltkriege, die ihre Ursache in dem Streben der wichtigsten kapitalistischen Länder nach Ausdehnung ihres wirtschaftlichen Einflußgebietes hatten. Auf Grundlage der ungeheueren Vernichtungsgorgien des zweiten Weltkrieges war ein Nachkriegsboom möglich, der alles Bisherige in der Menschheitsgeschichte in den Schatten stellte. Aber: Erstens gab es noch größere Wachstumsraten in den stalinistischen Ländern zu dieser Zeit. Zweitens war eine wichtige Grundlage des Booms die drastische Verschärfung der Ausplünderung der „3. Welt“. Trotz stalinistischem Totalitarismus konnte in China der Hungertod über mehrere Jahrzehnte besiegelt werden, der kapitalistische Westen mußte für sein „Aublitzen“ Millionen Menschen in den Hungertod schicken. Der jetzige Aufschwung ist nur eine Momentaufnahme in einer grundsätz-

lichen Abwärtsentwicklung der Wirtschaft (siehe Schaubild). Und es sind wiederum nur einige der entwickelten kapitalistischen Länder, in denen die Unternehmer frech auftreten können, die BRD an erster Stelle. Großbritannien und Schweden stehen jetzt schon am Rande des Abschwungs.

Planwirtschaft
Trotz stalinistischer Entartung zeichnen sich die Gesellschaften im Osten durch einen wesentlichen Fortschritt aus: durch die Existenz der

Sehr aufschlußreiche Ergebnisse brachte eine Umfrage, die am 22. Februar von Elisabeth Noelle-Neumann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) vorgestellt wurde. Kommentar der FAZ: „Diffuse Meinungen zu Diktatur und Demokratie“

Die Frage lautete: „Wie sehen Sie das: Sind eine freiheitliche Demokratie und Sozialismus unüberwindbare Gegensätze, oder kann es auch im Sozialismus wirkliche Demokratie geben?“

42% der BRD-Bürger bejahten die letztere Frage, während nur 30% von unüberwindbaren Gegensätzen ausgingen (28% Unentschieden)! In einer europaweiten Umfrage, deren Ergebnisse am 19.2. in der „Frankfurter Rundschau“ (FR) ab-

gedruckt wurden, werden diese Tendenzen ebenfalls sichtbar. Auf die Frage, wie der Begriff „demokratischer Sozialismus“ besetzt ist, meinten 41% in der BRD, 58% in Spanien, 60% in Frankreich, 42% in GB, 58% in Italien, 54% in Ungarn, 30% in Polen, 57% in der UdSSR, daß er positiv besetzt ist. „Negativ besetzt“ meinten in diesen Ländern: BRD 30%, Spanien 11%, Frankreich 22%, GB 30%, Italien 19%, Ungarn 27%, Polen 29%, UdSSR 6%.

Demokratie und Sozialismus
Sehr aufschlußreiche Ergebnisse brachte eine Umfrage, die am 22. Februar von Elisabeth Noelle-Neumann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) vorgestellt wurde. Kommentar der FAZ: „Diffuse Meinungen zu Diktatur und Demokratie“

gedruckt wurden, werden diese Tendenzen ebenfalls sichtbar. Auf die Frage, wie der Begriff „demokratischer Sozialismus“ besetzt ist, meinten 41% in der BRD, 58% in Spanien, 60% in Frankreich, 42% in GB, 58% in Italien, 54% in Ungarn, 30% in Polen, 57% in der UdSSR, daß er positiv besetzt ist. „Negativ besetzt“ meinten in diesen Ländern: BRD 30%, Spanien 11%, Frankreich 22%, GB 30%, Italien 19%, Ungarn 27%, Polen 29%, UdSSR 6%.

nahmen in der Stimmung. Die Ergebnisse zeigen jedoch, daß viele Menschen bereit sind, positiv an die Frage einer sozialistischen Alternative heranzugehen und nicht bereit sind, Sozialismus mit Stalinismus zu identifizieren.

Planwirtschaft. Trotz stalinistischer Herrschaft vermochte die Planwirtschaft die Sowjetunion von einem unheimlich unterentwickelten Land zur zweitgrößten Industrialnation emporwachsen zu lassen, trotz Verwüstungen im Bürgerkrieg und vor allem im zweiten Weltkrieg. Nicht die Planwirtschaft als solche funktioniert heute nicht mehr, wie uns heute alle Welt weismachen will, sondern die Bürokratie hemmt die weitere Entwicklung, die gerade auf Grundlage der Planwirtschaft möglich wäre. Manche Linke schütten das Kind mit dem Bad aus, wenn sie von der Unterlegenheit der Planwirtschaft reden.

Die Auswirkungen der bürokratischen Herrschaft in den Ostblockländern sind katastrophal. Dies sieht man an dem rücksichtslosen Raubbau an



„Goldener Westen“? Mit Waffeln geht die türkische Polizei gegen Arbeiter vor.

Der entscheidende Schritt nach vorne für die Arbeiter im Osten ist der Sturz der bürokratischen Kaste, die eigene Mächtigeroberung und auf dieser Grundlage eine demokratische Planung. Obwohl die Wirtschaft nicht so weit entwickelt ist wie z.B. in der BRD, würden durch den Wegfall der Privilegien große Ressourcen für wachsenden Wohlstand und für die Weiterentwicklung des Produktivniveaus freierwerden.

Der Kapitalismus hat der Welt nicht das heutige Niveau der BRD zu bieten, dieses Niveau hat die BRD gerade auf Kosten des größten Teils der Welt. Argentinien und Brasilien mit

ten Jahr in Frankreich ... ganz zu schweigen von den gewaltigen Massenkämpfen in Argentinien, Brasilien und Südafrika – alles Teile des Westens.

Kampf für sozialistische Zukunft
Warum existiert in diesen Ländern überhaupt noch der Kapitalismus? Weil er bewußt gestützt werden muß. Die Gesellschaft verändert sich nicht von alleine. Die Organisationen, die sich die Arbeiter aufgebaut haben, müssen sich die Veränderung zur Aufgabe machen. Doch in nicht wenigen Fällen lassen sich die Führungen der Arbeiterparteien, wie der SPD in der BRD, und der Gewerkschaften von der Propagandaoffensive der Unternehmer blenden und geben den Kampf für eine sozialistische Zukunft auf.

Viele Arbeiter denken nicht im Traum an „Sozialismus“, wenn sie für Verbesserungen kämpfen. In diesen Kämpfen kommen sie aber mehr und mehr in Konflikt mit der ganzen Gesellschaft und dem Staat. Sehr deutlich sehen wir das heute in Großbritannien im Kampf gegen die Kopfsteuer. Ein nicht kleiner Teil der Arbeiter wird schon in naher Zukunft wieder zu sozialistischen Schlussfolgerungen kommen.

Wegen der Erfahrung der letzten Jahre werden viele dann nicht mehr eine Lösung im Stalinismus sehen, sondern sich diesen Umweg ersparen und sich schneller direkt dem Marxismus zuwenden.

Der Sozialismus ist nicht ein schönes Ideal, sondern eine Gesellschaft, die in einem Prozeß revolutionärer Kämpfe der Arbeiter den Kapitalismus weltweit ablesen wird und die Möglichkeit, die auch der Kapitalismus mit geschaffen hat, für die gesamte Menschheit nutzbar macht.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

NEIN!

Bundeswehr - eine starke Truppe?

Die Entwicklung in der DDR führt zu der Frage: Wozu überhaupt eine Bundeswehr? Noch im letzten Jahr trat diese zur Offensive an. Was sie erobern wollte, waren keine fremden Länder, nein, es war die immer weniger vorhandene Akzeptanz der Bürger (der Bürger, zu deren Schutz und Sicherheit sie angeblich da ist).

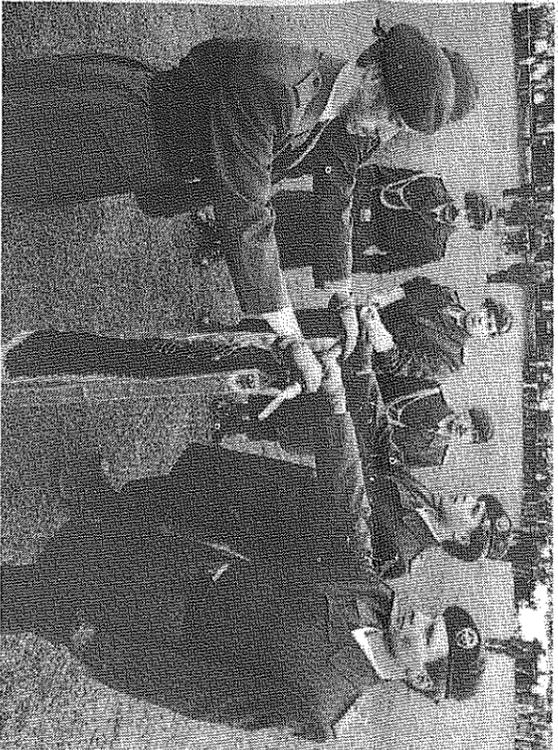
Und natürlich wollte sie, daß junge Männer ihr Interesse am „Abenteurer Bundeswehr“ entdecken. Überall in Zeitungen, Radios und im Kino las und hörte man von „der starken Truppe“. Wie stark ist sie wirklich, wenn man hinter diese nach werbepsychologischen Kriterien aufgebaute Fassade schaut?

Als am 12. November 1955 die ersten Freiwilligen zur Bundeswehr einrückten, waren gerade zehn Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen. Die letzten deutschen Kriegsgefangenen waren noch nicht zurückgekehrt, da waren alle gesetzlich und rechtlichen Grundlagen für eine Wiederbewaffnung durch die damals regierende CDU unter Konrad Adenauer geschaffen.

Ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Wehrmacht, gedrillt im System des blinden, militärischen Befehls und Gehorsams, bauten eine „neue“ Armee auf - die Bundeswehr.

Stark nur in Zahlen

Die ersten Wehrpflichtigen der jungen, bürgerlichen Demokratie, die am 1. April 1957 die Kasernen betraten, sollten wie alle, die ihnen folgten und



Rekruteneingangs bei der Bundeswehr.

Neue Gewerkschaften in der DDR?

Erfahrungen der BRD wichtig

Wenn man den westdeutschen Medien Glauben schenkt, so warten die Unternehmer nur darauf, um vollgepackt mit Aufträgen und Kapital die DDR zu erobern. Jeder aktive Gewerkschafter muß sich die Frage stellen, welche Auswirkungen eine solche Kapital-Invasion nicht nur für die Arbeiterklasse in der DDR, sondern auch für die westdeutschen Arbeiter haben würde.

Obwohl es in den meisten Fällen bis jetzt nur zu deutsch-deutschen Gesprächen zwischen den Führungskräften verschiedener Unternehmen gekommen ist, so läßt doch das, was man erfahren kann, für die Arbeiter hier und drüben nichts Gutes ahnen. So würde z.B. die geplante Kooperation zwischen den Westberliner Ost-Werken mit dem Ostberliner Kombinat Narva (Gießhampfen) nach Meinung der Kollegen des Narva-Werkes zu Entlassungen von mindestens 2000 Kollegen führen.

Zur gleichen Zeit müssen die westdeutschen Arbeiter fürchten, daß Teile der Produktion in das von den Lohnkosten billigere Narva-Werk verlagert wird. Vor allem in den derzeitigen Tarifauseinandersetzungen in der BRD werden die Kollegen mit solchen Drohungen unter Druck gesetzt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Arbeiter in Ost und West sich zur Lösung ihrer Probleme zusammenschließen. Für viele Lohnabhän-

folgen, Bürger in Uniform sein. Doch spätestens nach der Grundausbildung ist dieses für viele nichts mehr als eine leere Phrase.

Bei der festgesetzten Sollstärke von ungefähr 495.000 Soldaten sind ca. 66.000 Berufssoldaten und 190.000 Zeitsoldaten. Die übrigen ca. 240.000 sind Wehrpflichtige, die 15 Monate die sogenannte Schule der Nation besuchen. Schon vor dem Oktober 1989 hatte die Bundesregierung die Einschätzung, daß diese Sollstärke nicht mehr haltbar ist. Der Grund: geburtenschwache Jahrgänge und die zunehmende Zahl von Wehrdienstverweigerungen. So ließ man sich einige Dinge einfallen.

Die Tauglichkeitskriterien wurden geändert, was nun für eiliche bedeutet, mit starken gesundheitlichen Mängeln zur Bundeswehr zu gehen. Auch wenn sie die meiste Zeit im Sanitätsbereich

verbringen und es ihnen hinterher schlecht geht, Hauptsache, die Statistik stimmt. Anschließend Anträge auf Wehrdienstbeschädigung erstickten oft im Meer der Bürokratie oder werden abgelehnt.

Auch die Frau wurde verstärkt entdeckt. Zwar erst auf freiwilliger Basis,

Wegfall der Kasernierung und heimaferrne Stationierung, Lohnfortzahlung bzw. 1500 DM netto Mindestlohn im Monat, verbunden mit einer Reduzierung der Dienstzeit wöchentlich auf 35 Stunden (für Wehrpflichtige, Zeitsoldaten und Berufssoldaten) während Maßnahmen, die Situation erträglicher zu gestalten.

Befehl und Gehorsam

Weite Teile der Offiziere, die vielfach konservativ bis nationalistisch eingestellt sind, finden keine Basis bei ihren Untergebenen. Befehle werden meistens nur übermittelt, und erscheinen dadurch oftmals unverständlich und unsinnig, ohne jeden Zusammenhang. Diskussionen über Befehle werden von der Mehrzahl der Vorgesetz-



Soldatendemonstration im Dezember 1989 in Cottbus, DDR.

aber warum soll auch hier nicht eines Tages die Wehrpflicht eingeführt werden?

Diesem Vorgehen muß mit klaren Forderungen entgegengetreten werden. Tauglichkeitskriterien müssen auf den Menschen zugeschnitten werden, nicht auf die Bedürfnisse von militärischen Schreibschemeln im Verteidigungsministerium.

Der Dienstattag

In welcher Situation befinden sich die meisten Wehrpflichtigen im Dienstattag? Rausgerissen aus ihrem sozialen Umfeld, oft wochenlang getrennt von den Menschen, die ihnen was bedeuten, schieben sie teilweise bis zu 60 Stunden Dienst in der Woche. Ihr Lohn? - Knappe 350 DM im Monat. Mit sechs bis acht Mann auf einer Stubbe, zum Teil in alten, baufälligen Kasernen, da hilft oft nur noch das abendliche Besäufnis, um den Frust zu verdrängen.

ten genehigen und mit einem einfachen Befehl abgestellt, nämlich dem Verweis auf das Wehrstrafgesetz, das die zwei Stützen des Systems „Befehl und Gehorsam“ so definiert: „Ein Befehl ist eine Anweisung zu einem bestimmten Verhalten, die ein militärischer Vorgesetzter einem Untergebenen mit Anspruch auf Gehorsam erteilt. Gehorsam heißt, der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen und ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich ausführen.“ Die fortschrittlichen Vorgesetzten resignieren zu großen Teilen, weil ihnen der starre Apparat und dessen Vertreter kaum Chancen läßt.

Interne Kritik wird, wenn möglich, im Keim erstickt. Wer es trotzdem wagt, Beschwerden einzureichen oder an den Wehreauftragten zu schreiben, steht meistens alleine da, ohne Unterstützung von Vorgesetzten. Hintherber erwartet solche „Auführer“

Teil auch Zeitsoldaten nach ihrem Ausscheiden sagen: „Hätte ich nochmal zu entscheiden, würde ich verweigern, trotz längerem Zivildienst.“

Vorbild NVA-Soldaten

Viele Soldaten der NVA haben schon die Sache in die eigenen Hände genommen: Sie organisieren sich in Räten und diskutieren, welche Maßnahmen überhaupt noch sinnvoll sind. So wurden schon von Truppentiteln die Teilnahme an (unsinnigen) Manövern verweigert.

Wir Jusos sollen alle Soldaten ermuntern, für ihre demokratischen Rechte zu kämpfen und sie dabei unterstützen. Politisch kämpfen wir gegen die Existenz der Bundeswehr. Gegen wen soll diese denn gerichtet sein? Sie kostet nur viel und stellt eine Bedrohung für die Arbeiter anderer Länder und für uns selbst dar.

Thomas Appel, Kassel
Jungsozialist

der Gewerkschaft, und 2. die Überprüfung und Veränderung der Arbeitsstruktur, um ein problembezogenes Arbeiten entlang relevanter gesellschaftlicher Probleme zuzulassen.“

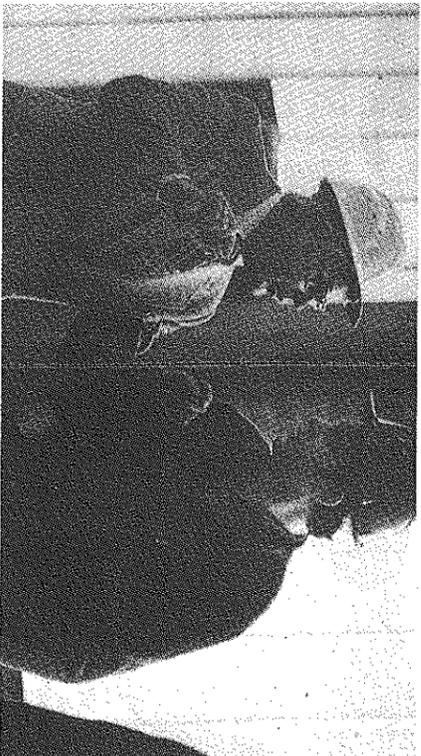
Wenn man dann noch bedenkt, daß das Betriebsverfassungsgesetz, das die Handlungsrichtlinien der Betriebsräte festlegt, den Arbeitern von einer konservativen Regierung aufgedrückt wurde, so kann man davon ausgehen, daß dies auch keine ausreichende Alternative für die DDR-Arbeiter sein kann.

Welche Formen gewerkschaftlicher Gegenwehr können die Arbeiter in der DDR entwickeln, um die zu erwartenden sozialen Angriffe abwehren zu können? Eine Möglichkeit ist es, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, die zuerst in den Betrieben als Alternative zum BGL die Interessen der Werkätigen vertreten.

Um zu verhindern, daß diese neuen Arbeitervertretungen sich ähnlich wie die früheren „Gewerkschaften“ des FDGBs von der Basis abheben, müssen sie von der Struktur her kontrollierbar sein. Das heißt vor allem, daß jeder Funktionär jederzeit wähl- und abwählbar sein muß und nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen darf.

In vielen Betrieben der DDR entstehen Betriebsräte, durch sie kann die Arbeiterklasse eine Abwehrfront bilden, um zu verhindern, daß das westliche Kapital nach der stalinistischen Bürokratie die Unterdrückung fortführt.

Jakob Meindorf, Köln
Betriebsratsvorsitzender
HBV- und SPD-Mitglied



Betriebsräte in der BRD: Aus den hiesigen Fehlern lernen.

erstarrte Apparate. Einmal Gewählte haben das Sagen. Meist lebenslanglich. Sie sind fast nur noch daran interessiert, ihre Funktion und damit ihr kleines bißchen Macht zu erhalten.

Die Verselbständigung wird unterstützt durch das Delegationsprinzip. Sowohl auf gleicher Ebene, z.B. Kreisbene als auch von einer zur nächsthöheren Ebene. Die Wahl zum Vertrauensmann wird oft nur als Legitimation benutzt, um in der Gewerkschaftsleiterarchie zu Posten zu kommen. Die Betriebsgruppe verliert jeglichen Einfluß darauf, was aus „ihrem“ Vertrauensmann noch alles wird.

Die hauptamtlichen Sekretäre werden dafür bezahlt, diese Maschinerie in Gang zu halten: Sitzungen vorzubereiten, durchführen, verwalten. Auskünfte erteilen über Farzgraphen. Sich auf möglichst vielen Betrieben sehen lassen. Falls erforderlich, einen Rechtsstreit vorbereiten und verwalten. Und Mitgliederunwillen auffangen. Das alles erfordert sehr viel Zeit und Energie. Konserviert aber nur das Bestehende. Inhalte können zu kurz.

Aus dem oben Angeführten ergibt sich: 1. die Notwendigkeit einer Beteiligung des demokratischen Elements in

Juso-Bundeskongreß 1990

JUSOS in die Offensive!

Vom 27.-29. April findet der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten und Jungsocialisten in München statt. Nach zwei Jahren wird wieder ein neuer Bundesvorstand gewählt. Hintergrund für die Diskussionen werden die Entwicklungen in den Ostblockstaaten und besonders in der DDR sein.

Die jetzige Juso-Mehrheitsströmung, der Hannoveraner Kreis (HK), hat bisher eine Politik der „kritischen Unterstützung“ der dort herrschenden Vertrieben. Seit dem Beginn der politischen Revolution in diesen Ländern sah sich der HK in ähnlichen politischen Schwierigkeiten wie die DKP, hat aber recht elegant eine „Wende“ vollzogen. Jetzt wird mit lockeren Sprühen der Eindruck erweckt, als ob man immer schon auf der Seite der Oppositionsbewegungen gegen die stalinistischen Diktaturen gestanden hätte. Auf die Frage, mit welchen Organisationen in der DDR die Jusos zusammenarbeiten würden, antwortete die Juso-Bundesvorstande Susi Möbbeck in einem Interview mit dem FDJ-Blatt „Junge Welt“: „Wir sprechen mit all den Kräften, die für eine revolutionäre Erneuerung des demokratischen Sozialismus eintreten.“ Damit war noch im Dezember hauptsächlich die „gewendete“ SED/PDS gemeint. Inzwischen wurde in Anpassung an den neuen SPD-Kurs eine klare Orientierung auf die Zusammenarbeit mit den DDR-Jusos vorgenommen.



Im Jahr 1990 bestehen große Chancen für den Aufbau der Jusos. Die Entwicklungen in Osteuropa und die anstehenden Wahlkämpfe schaffen Interesse für Politik gerade unter Jugendlichen. Der Kampf gegen die Kohl-Regierung

um Aufmerksamkeit zu erregen. Ausgehend vom Bundeskongreß sollte in diesem Sinne ein politisch eigenständiger Juso-Wahlkampf vorbereitet werden.

Programm

Der Schlüssel für einen erfolgreichen Wahlkampf und die Stärkung der Jusos sind aber ein klares Programm und korrekte Perspektiven. Und hier liegt der eigentliche Mangel des derzeitigen Juso-Bundesvorstandes. Er zeigt den Jugendlichen keine reale Perspektive

nach Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum muß der Kern eines sozialistischen Programms sein. Nach der Vorstellung der jetzigen Juso-Führung soll aber der Kapitalismus den Rahmen für „Reformpolitik in den 90ern“ darstellen.

In diesem Punkt ist kaum noch ein Unterschied zu den „undogmatischen Reformsozialisten“ um die Zeitschrift „Sozialistische Praxis“ (SP) zu sehen, die bis 1986 die Mehrheit auf Bundesebene stellten. Programmatisch stehen sie mit ihren rein „marktwirtschaftlichen“ Konzepten allerdings immer noch rechts vom HK. Was sie anzubieten haben, ist nicht viel mehr als billige Polemik gegen die „Wendehalspolitik“ im HK in Bezug auf die DDR. Auch sparte die SP nicht mit berechtigter Kritik an „Ausrutschern“ wie dem neuen Juso-Jugendmagazin „JAM“. Was aber fehlt, sind konstruktive Kritik und Alternativvorschläge zum Aufbau des Juso-Verbandes.

Am 3. März fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kasseler Jusos statt. Man hatte offenbar nicht mit einer Beteiligung von ca. 50 Leuten gerechnet, die Räumlichkeiten waren viel zu eng. Erfolgreich war die Anwesenheit zweier junger Sozialdemokraten aus Arnstadt (DDR), die nur leider viel zu früh wieder aufbrechen mußten.

Das Resümee des vergangenen Jahres war durch kontroverse, teilweise hitzige Diskussionen geprägt. Vor allem ging es dabei um Alleingänge von Arbeitsgemeinschaften und des UB-Kollektivs. Danach stand ein Antrag von zwei aktiven AGen zur Debatte, der ein Arbeitspapier für dieses Jahr darstellen sollte. Kernpunkt dieses Papiers ist eine Themenschwerpunktsetzung, die auch auf breite Zustimmung stieß. Neben DDR-Bundestagswahl und Metall-Tarifrunde wurden vor allem die kommunalen Probleme wie Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungsnot und Umwelt eingepflanzt. Auch die Forderung nach einer aktiveren Außenarbeit wurde positiv aufgenommen. Nach einer Diskussion mit konstruktiven An-

WAR

dem leerstehende Wohnungen sollten ihrer Meinung nach zuerst enteignet werden. Hierzu ist die Stadt befähigt, falls akuter Wohnungsbedarf besteht. Den etwa 40 Jugendlichen der Falken gelang es, viel Sympathie für diese Forderung in der Essener Öffentlichkeit zu gewinnen, so daß erst einmal die Gefahr gebannt wurde und die Stadt diesem Druck nachgeben mußte.

Detlev Black, Essen
Jungsozialist und Falke

Interesse an VORAN

Um noch einmal auf die Teilnahme des Kongresses zurückzukommen: VORAN war die einzige Jusostromung, die einen Info-Stand aufgestellt hat, und das mit Erfolg, wie wir gleich sehen werden. Wir haben 227,90 DM für marxistische Literatur und 459,05 DM für den Kampffonds (Broschüren, Buttons und Spenden) eingenommen. Außerdem haben wir über 100 Exemplare der VORAN verkauft. Das zeigt, wie sehr die Leute an VORAN interessiert sind.

Am ersten Kongreßtag haben ca. 40 Leute an einem spontan von uns organisierten Treffen über den Kampf gegen die ungerechte Kopfsteuer („Poll-Tax“) in Großbritannien teilgenommen. Rachel Salmon, eine britische Jungsozialistin, hat darüber berichtet. Das Treffen ist ganz gut gelaufen; wir haben 47 DM für die Anti-Poll-Tax-Federations gesammelt. Außerdem haben wir beschlossen, eine Protest-Aktion zu organisieren.

Alles in allem zeigt der Kongreß, daß die Jusos eine sehr lebendige Organisation sind. Die vorhandenen Kräfte müssen bloß richtig genutzt werden.

Detlev Güller, Köln, Jungsozialist

Kampagnenfähigkeit

Im Jahr 1990 bestehen große Chancen für den Aufbau der Jusos. Die Entwicklungen in Osteuropa und die anstehenden Wahlkämpfe schaffen Interesse für Politik gerade unter Jugendlichen. Der Kampf gegen die Kohl-Regierung

für die Durchsetzung von Reformen auf. Der Hintergrund für die falsche Methode ist die falsche Perspektive von Stabilität und angeblicher „Reformierbarkeit“ des Kapitalismus.

Der Kampf für die weitgehenden Forderungen nach Einschränkung der Konzern- und Bankenmacht durch Ausweitung der Mitbestimmung und staatliche Lenkung – wie die Jusos in ihren Programmen formuliert haben – sollte natürlich geführt werden. Wenn wir den „sozialen und ökologischen Umbau“ und die Demokratisierung der Wirtschaft aber wirklich durchsetzen und absichern wollen, werden wir an der Frage der Eigentumsverhältnisse nicht vorbeikommen. Die Forderung

um die Durchsetzung von Reformen auf. Der Hintergrund für die falsche Methode ist die falsche Perspektive von Stabilität und angeblicher „Reformierbarkeit“ des Kapitalismus.

Der Kampf für die weitgehenden Forderungen nach Einschränkung der Konzern- und Bankenmacht durch Ausweitung der Mitbestimmung und staatliche Lenkung – wie die Jusos in ihren Programmen formuliert haben – sollte natürlich geführt werden. Wenn wir den „sozialen und ökologischen Umbau“ und die Demokratisierung der Wirtschaft aber wirklich durchsetzen und absichern wollen, werden wir an der Frage der Eigentumsverhältnisse nicht vorbeikommen. Die Forderung

um die Durchsetzung von Reformen auf. Der Hintergrund für die falsche Methode ist die falsche Perspektive von Stabilität und angeblicher „Reformierbarkeit“ des Kapitalismus.

Der Kampf für die weitgehenden Forderungen nach Einschränkung der Konzern- und Bankenmacht durch Ausweitung der Mitbestimmung und staatliche Lenkung – wie die Jusos in ihren Programmen formuliert haben – sollte natürlich geführt werden. Wenn wir den „sozialen und ökologischen Umbau“ und die Demokratisierung der Wirtschaft aber wirklich durchsetzen und absichern wollen, werden wir an der Frage der Eigentumsverhältnisse nicht vorbeikommen. Die Forderung



Thema in die Öffentlichkeit gehen und versuchen, Jugendliche zu mobilisieren, z.B. für regionale Abschlusssitzungen. Beim Thema Wohnungsnot könnten auch Aktionen wie symbolische Hausbesetzungen genutzt werden.

Als der Sozialdezernent Herber mehrfach in der Öffentlichkeit die freien Wohlfahrtsverbände in Essen aufforderte, Wohnungsraum für Übersiedler zur Verfügung zu stellen, war es soweit: Jugendliche der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken besetzten eines von vielen seit Jahren leerstehenden Wohnhäusern. Nicht Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sondern der immer deutlicher werdenden Wohnungsnot zum Opfer fallen, son-

den leerstehende Wohnungen sollten ihrer Meinung nach zuerst enteignet werden. Hierzu ist die Stadt befähigt, falls akuter Wohnungsbedarf besteht. Den etwa 40 Jugendlichen der Falken gelang es, viel Sympathie für diese Forderung in der Essener Öffentlichkeit zu gewinnen, so daß erst einmal die Gefahr gebannt wurde und die Stadt diesem Druck nachgeben mußte.

Detlev Black, Essen
Jungsozialist und Falke

Rechter Flügel der Jusos

Traumtänzer oder Karrierenisten? Oder beides?

Daß in kapitalistischen Aufschwungszeiten in der SPD sich diejenigen verstärken zu Wort melden, die sich als „Realos“ ausgeben und sich mit „Reformpolitik“ innerhalb des kapitalistischen Systems zufriedengeben, ist seit der Debatte um Bernsteins „Revisionsismus“ am Anfang dieses Jahrhunderts nichts Neues.

Unter der Bezeichnung „Duisburger Kreis“ (DK) bei den Jusos versucht sich jetzt eine bundesweite Strömung zu organisieren. Sie ist von den derzeitigen Wachstumsstraten in der BRD und den Problemen in der DDR derart geblendet, daß sie den Juso-Verband wider zu dem machen will, was er bis 1969 war: ein lammenformes Anhängsel der Mutterpartei, Unterstützer der kapitalistischen Wirtschaftsform und Profitierungsverein für sozialdemokratische Nachwuchspolitiker.

Beim letzten Bundestreffen des DK in Wiesbaden machten die Grußworte, Sponsoren und Spenderangaben schon deutlich, daß der DK sich gut mit der Partrerechten versteht: Annemarie

Renger und Johannes Rau, Kurt-Schmischer-Stiftung und Seehemer Kreis. Schon zum zweitenmal war ein Vertreter des Kapitals zu einem DK-Treffen eingeladen worden, diesmal ein Vertreter des Verbandes der chemischen Industrie, dem eine Plattform für seine unternehmerfreundliche Propaganda gegeben wurde.

Zur Freude der Unternehmer

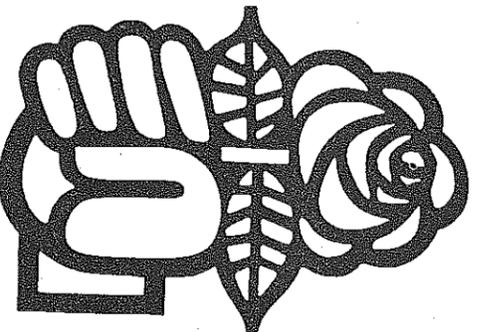
Der neue Programmwurf des DK („Für eine moderne Juso-Politik“) ist gar nicht so modern, wie er vorgeht. Außer vielen Godesberger Allgemeinplätzen, Anlehnungen an Helmut Schmidt und Oskar Lafontaine („Neudefinition der Arbeit“) enthält der Abschnitt über Tarif- und Wirtschaftspolitik Aussagen zur Arbeitszeiteffektivitätssteigerung, die JungunternehmerInnen höher schlagen lassen. „Generelle Sonntagssarbeit darf jedoch nicht institutionalisiert werden“, heißt es etwa. Von Ablehnung der Samstagssarbeit ist gar keine Rede mehr!

Daß derartige „Realos“ im Juso-Ver-

band wieder lauter werden, ist nicht zuletzt auch auf die politischen und praktischen Mängel der bisherigen im Bundesvorstand vertretenen Strömungen, insbesondere der bisherigen Mehrheitsströmung um den Hannoveraner Kreis und die Bundesvorstande Susi Möbbeck zurückzuführen. Denn trotz „sozialistischen“ oder „marxistischen“ Anspruchs sind Theorie und Praxis der führenden Juso-Strömungen immer weiter nach rechts angepaßt worden.

Schmeißen wir den ganzen sozialistischen Ballast über Bord, ist die Devisen der DK-Anhänger. Fangen wir überhaupt erst einmal mit echter sozialistischer Politik an, meinen wir Marxistinnen und VORAN-Unterstützer. Als sozialistischer Jugendverband müssen wir gerade in diesem Wahljahr ein sozialistisches Profil zeigen. Nur so können wir die Anti-Sozialismus-Kampagne von CDU/CSU/FDP (siehe DDR-Wahlkampf) zurückschlagen.

Frank Albrecht und Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialisten



Bericht vom Juso-Jugendkongreß „Motzig, Fezig, Power!“

Jugend 2000..“

Das war das Motto des Juso-Jugendkongresses am 10. und 11. März in Köln, bei dem über 400 Leute anwesend waren. Die meisten von ihnen waren unter 25 Jahre alt. Die Stimmung war ganz gut. Es wurde nie langweilig, weil die Diskussionen locker und interessant zuplugen.

Der Kongreß hat mit einem Quiz mit Fragen zum Thema „Jugend“ angefangen, wobei ich sagen muß, daß die beiden Vertreter von Jusos und Junger Union gleich schlecht/gut waren, sie konnten ca. nur ein Viertel der Fragen beantworten. Die politischen Anschauungen des Vertreters der Jungen Union (JU) entsprachen anscheinend mehr den Positionen der SPD als denen der CDU. Deshalb wurde ihm auch das Angebot gemacht, in die SPD einzutreten: „Wir haben zufällig eine Betriebsklausur mit, wenn Du willst, kannst Du sie ja gleich ausfüllen!“

Dann kam eine Diskussion über die Gesamtschule auf. Claudia Walter, stellvertretende Juso-Vorsitzende von NRW, meinte, daß die Gesamtschule zur Regelschule werden sollte. Ronald von der JU war dagegen, daß die Aufteilung in Gymnasium, Real- und Hauptschule aufgehoben wird; aber er war auch nicht gegen die Gesamtschule.

Wohnung und Freizeit für alle!

Er meinte nur, daß jeder die Schule besuchen sollte, für die er bestimmt sei.

Um noch einmal auf die Teilnahme des Kongresses zurückzukommen: VORAN war die einzige Jusostromung, die einen Info-Stand aufgestellt hat, und das mit Erfolg, wie wir gleich sehen werden. Wir haben 227,90 DM für marxistische Literatur und 459,05 DM für den Kampffonds (Broschüren, Buttons und Spenden) eingenommen. Außerdem haben wir über 100 Exemplare der VORAN verkauft. Das zeigt, wie sehr die Leute an VORAN interessiert sind.

Am ersten Kongreßtag haben ca. 40 Leute an einem spontan von uns organisierten Treffen über den Kampf gegen die ungerechte Kopfsteuer („Poll-Tax“) in Großbritannien teilgenommen. Rachel Salmon, eine britische Jungsozialistin, hat darüber berichtet. Das Treffen ist ganz gut gelaufen; wir haben 47 DM für die Anti-Poll-Tax-Federations gesammelt. Außerdem haben wir beschlossen, eine Protest-Aktion zu organisieren.

Alles in allem zeigt der Kongreß, daß die Jusos eine sehr lebendige Organisation sind. Die vorhandenen Kräfte müssen bloß richtig genutzt werden.

Detlev Güller, Köln, Jungsozialist

Interesse an VORAN

Um noch einmal auf die Teilnahme des Kongresses zurückzukommen: VORAN war die einzige Jusostromung, die einen Info-Stand aufgestellt hat, und das mit Erfolg, wie wir gleich sehen werden. Wir haben 227,90 DM für marxistische Literatur und 459,05 DM für den Kampffonds (Broschüren, Buttons und Spenden) eingenommen. Außerdem haben wir über 100 Exemplare der VORAN verkauft. Das zeigt, wie sehr die Leute an VORAN interessiert sind.

Am ersten Kongreßtag haben ca. 40 Leute an einem spontan von uns organisierten Treffen über den Kampf gegen die ungerechte Kopfsteuer („Poll-Tax“) in Großbritannien teilgenommen. Rachel Salmon, eine britische Jungsozialistin, hat darüber berichtet. Das Treffen ist ganz gut gelaufen; wir haben 47 DM für die Anti-Poll-Tax-Federations gesammelt. Außerdem haben wir beschlossen, eine Protest-Aktion zu organisieren.

Alles in allem zeigt der Kongreß, daß die Jusos eine sehr lebendige Organisation sind. Die vorhandenen Kräfte müssen bloß richtig genutzt werden.

Detlev Güller, Köln, Jungsozialist

Im Juso-

Wahlkampf in Kassel

Der Juso-Wahlkampf in Kassel ist im vollen Gange. Die Kandidaten sind nun bekannt. Die Wahlkampfleiter sind ebenfalls benannt. Die Kandidaten sind: Björn Marsen, Kassel, Jungsozialist.

Werner & Pfeiderer in Stuttgart Aufruf der Azubis

Ende letzten Jahres versuchte die Geschäftsleitung bei der Stuttgarter Firma Werner & Pfeiderer den Azubis die bereits zugesicherte Sonderzahlung von 600 DM auf 300 DM zu kürzen. Sofort kam es zu großem Unmut unter den Azubis. Dieser richtete sich nicht nur gegen die Geschäftsführung, sondern auch gegen den Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Denn alle hatten sie die volle Sonderzahlung für Weihnachten auch für die Azubis zugesichert. So kam es zu heftigen Diskussionen zwischen Azubis und JAV. Die JAV bat um einen Gesprächstermin mit der Geschäftsführung. Der wurde aber nicht schnell ge-

getrennt waren. Nach Abhandlung aller übrigen Wahlgänge war die Zeit leider so weit fortgeschritten, daß die Beteiligung der übrigen Anträge verträglich war. Die Ergebnisse dieser Jahreshauptversammlung lassen auf eine konstruktive Juso-Arbeit in Kassel hoffen, die uns zum stärksten Faktor in der Kasser Jugend machen kann.

getrennt waren. Nach Abhandlung aller übrigen Wahlgänge war die Zeit leider so weit fortgeschritten, daß die Beteiligung der übrigen Anträge verträglich war. Die Ergebnisse dieser Jahreshauptversammlung lassen auf eine konstruktive Juso-Arbeit in Kassel hoffen, die uns zum stärksten Faktor in der Kasser Jugend machen kann.

zugewandt. Also schritten Azubis und JAV zur Tat: Gemeinsam gingen alle zur Geschäftsleitung, um Klarheit zu schaffen. Angesichts der entschlossenen Menge änderte die Geschäftsleitung ihre Haltung wieder und sagte der Forderung auf Zahlung der ganzen 600 DM zu.

In Baden-Württemberg gab es 1989 die größte Schülerbewegung, die das „Musterland“ je gesehen hat. 15.000 Schüler, manche Schätzungen sagen 20.000, waren allein in Stuttgart auf der Straße.

Der Grund: Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) hatte auf Lohn verzichten, um Arbeitszeitverkürzung zugunsten von arbeitslosen Lehrern, d.h. zur Schaffung neuer Stellen durchzusetzen. Die Arbeitszeitverkürzung bekamen sie dann allerdings in Form von drei neuen Ferienplätzen geschenkt.

Die GEW-Basis konnte zwei Aktionen durchsetzen, was eigentlich noch zu wenig ist. Der eine ist für Aktionen an den Schulen gedacht, am 4. April soll der Landtag umzingelt werden.

Revolution für sozialistischen Schülerstreiks in Norderdeutschland

Aufrühr, Zorn und Widerstand - Schülerstreiks in Norderdeutschland

Weit abgeschlagen mit 33,3% verlor die CDU am 8. Mai 1988 in Schleswig-Holstein ihre fast 40-jährige „Alleinherrschaft“. Absoluter Gewinner: die SPD; nach Jahrzehnten härtester Opposition nun auf einen Schlag 54,8% der Wähler. Doch gerade die, welche dieser SPD damals den Rücken stärkten, die Jungwähler, gehen nun auf die Straße. „Wenn Eva nicht geht, dann gehen wir“: Schülerstreiks gegen die Politik der Bildungsministerin Eva Rühmkorf überziehen seit Wochen Schleswig-Holstein.

den Lehrstellen geschaffen werden. Jedoch ist es heute, bei Kurs-/Klassenstärken um 30 Schüler, schon kaum mehr möglich, mündlich zu bewerten. So werden schon jetzt oft viele Tests geschrieben. Diese übrigens zählen zur mündlichen Leistung.

Seit letztem Herbst sitzt in Stuttgart eine Fraktion der Republikaner im Gemeinderat. Um über ihre „Arbeit“ zu berichten, hatten die REPs zu einer Versammlung am 23.2.90 eingeladen. Ihr Treffen wollten sie in einer Begegnungsstätte für ältere Bürger der Arbeiterwohlfahrt (AWO) abhalten.

andere Sachen mehr vorhanden. Dem konnte auch die Wirtschaftsministerin nur beipflichten. Die Schüler aber antworteten mit einem Pfeifkonzert.

Angestaut hat sich die Wut schon seit Jahren. Schon die CDU-Regierung nahm immer wieder Kürzungen im Bildungsbereich vor nach dem Motto: Der Norden hat kein Geld, wo kann gespart werden? Am besten dort, wo Streiks nicht gestört sind. Schüler und Lehrer dürfen in unserer sogenannten Demokratie nicht streiken. Also in den Schulen kürzen, wo sonst?

Das Resultat dieses „Klausurenlasses“, so die offizielle Bezeichnung, wird verkürzter Arbeitszeit schmackhaft gemacht werden.

Die AWO steht als Organisation in der Tradition der Arbeiterbewegung und ist dem demokratischen Sozialismus verpflichtet. Mitglieder der AWO wurden im 3. Reich von den Nazis verfolgt und umgebracht. Viele Mitarbeiter der AWO sind in der Ausländer- und Asylbewerberbetreuung tätig.

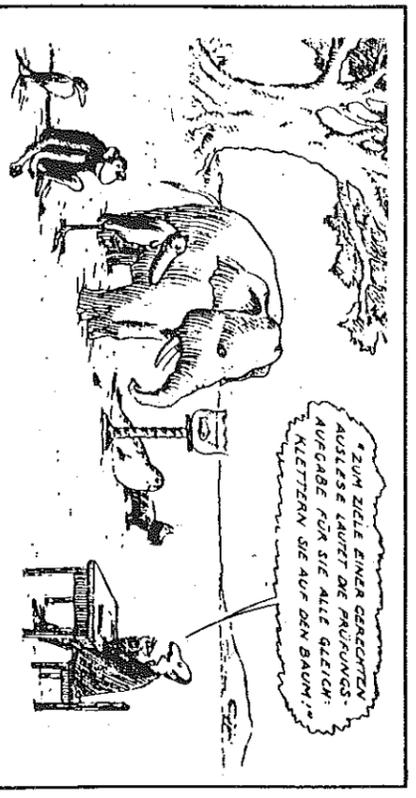
Doch als man auf die Uhr schaute und die 11 immer näher kam, schlossen sich die ersten Klassen und Kurse der Berufsschule spontan dem Streik an. Natürlich war für viele die Entscheidung sehr kurz, denn daß diese Aktion illegal ist, wußte jeder.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um die gleichen Probleme wie anderswo: Vergriste Kollegien, zu wenig Neustellungen von Lehrern, nicht genug Lehrmaterial, immer weniger Lehrmittelfreiheit. Das Resultat: Stundendanstall. Für die gymnasialen Stufen und Berufsschüler bedeutet jede Stunde Verlust, den Stoff irgendwann einmal nachholen. So verdrückt sich der Lehrstoff zwangsläufig. Es verstärkt sich der Schulstreik.

Das Konzept geht allein deswegen schon nicht auf, weil mit dieser Form der „Arbeitszeitverkürzung“ keine neuen

absagen. Die AWO-Mitglieder und -Mit-arbeiterinnen werden sich für die Verwirklichung dieses Konzeptes einsetzen.

Da in Zukunft mit weiteren Zunahmen zu rechnen ist, muß diese Organisation geschaffen werden. Wir ordnen frischen Jusos könnten bei ihrem Aufbau eine wichtige Hilfe sein.



Axel Matzky, St. Peter-Ording Mitglied im Kreisvorstand der nordfriesischen Jusos

Nach Mandelas Freilassung Ende des Apartheids- Regimes?

Am 11. Februar 1990 wurde Nelson Mandela nach 28 Jahren Haft freigelassen. Damit hat das Regime nach 30 Jahren Kampf gegen den ANC einen grundlegenden Schwenk vollzogen: Alle Anzeichen deuten auf Verhandlungen. Warum wurde dieser Schwenk vollzogen und ist dadurch ein friedliches Ende der Apartheid möglich geworden?

Um dieses Fragen zu beantworten, müssen die Umstände der Freilassung und die Entwicklungen der letzten Jahre in und um Südafrika genau analysiert werden.

Zu Anfang der 80er Jahre gab es erste Streikwellen und einen Durchbruch beim Aufbau freier Gewerkschaften. Zwischen 1984 und 86 erfolgte eine Welle von Aufständen die Townships Südafrikas. Diese Kämpfe markieren den Beginn der Revolution. Auf ihrem Höhepunkt fand die Vereinigung der freien Gewerkschaften unter einem Dachverband statt (1985). Auch wenn der Staat im Ausnahmezustand die Oberhand behielt, so bedeutete das Abflauen der Kämpfe 1986 keine Niederlage, sondern nur ein zeitweiliger Rückzug.

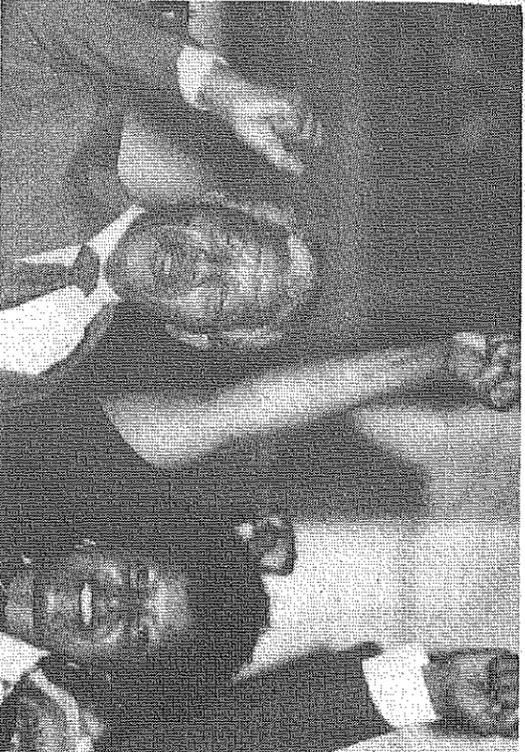
Das Jahr 1987 sah die größte Streikwelle in der Geschichte Südafrikas. Die Bewegung verlagerte sich von der direkten Herausforderung der Staatsmacht auf den betrieblichen Kampf gegen die Superausbeutung. Auch

Sorte „Liberaler“ nicht zu gefährden, gab es keine echte Massenmobilisierung der Arbeiterklasse.

Veränderte Methoden der Machterhaltung

1989 gab es außer Streike eine immer stärkere Bewegung der Mißachtung von Apartheidsgesetzen, mit einer regelrechten Demonstrationswelle im Herbst. Gerade die letzten drei Jahre Ausnahmezustand machten dem Regime deutlich, daß die alte Herrschaftsform ihre Wirkung verloren hatte. Dabei hatte die Regierung Botha bereits versucht, nackte Unterdrückung mit Scheinreformen, besonders der neuen Verfassung von 1983 mit Einführung von „Parlamenten“ für „Indier“ und „Gemischte“, zu kombinieren.

Das Regime mußte sich nun entscheiden, ob es wieder stärker auf militärische Unterdrückung setzen will, oder ob die drohende Bewegung über weitere Zugeständnisse in „erträglichen



Nelson und Winnie Mandela.

wenn ein Generalstreik im Juni 1988 ein großer Erfolg war, so hatte die vorherige Niederlage der Bergarbeiter im Sommer 1987 doch eine bremsende Wirkung. Das wichtigste Ergebnis dieser Kämpfe ist jedoch das Anwachsen des Gewerkschaftsachtreibandes COSATU auf über eine Million Mitglieder.

Rückgang der Bewegung

Die Ursache der relativen Niederlage und des Rückgangs der Bewegung lag aber nicht in der mangelnden Kampfbereitschaft der schwarzen Arbeiterklasse, sondern an der Politik der Führung. Während der ANC noch 1986 zum Aufstand ohne Vorbereitung aufrief, so verfolgten er und die COSATU-Führung seither eine Politik von Kompromissen und der angestrebten Zusammenarbeit mit dem „liberalen“ Flügel der Unternehmer.

Ziel des Kampfes sollte nach ihnen zunächst einmal eine nicht-rassistische Demokratie sein, in der dann friedlich das Problem der sozialen Ungerechtigkeiten und der enormen Ausbeutung der Schwarzen als Arbeiter angegangen werden sollte. Während also die schwarzen Arbeiter gegen die „liberalen“ Bosse der Bergwerke und Monopole kämpften, führte die Spitze des ANC mit ihnen Verhandlungen. Um eine Zusammenarbeit mit dieser

chem Rahmen“ gehalten werden sollte.

Ein grundlegender Faktor in dieser Frage ist die ständig wachsende Bevölkerungszahl der Schwarzen. In den Städten ist sie zwischen 1986 und 89 um 25% angewachsen! Im Jahr 2000 werden 5-6 Mio. Weissen ca. 48. Mio. Schwarze gegenüberstehen. Wenn das „weiße“ Kapital seine Macht nicht wie in Mozambique und Angola verlieren will, so muß es seine Machtbasis auf mehr als die weiße Bevölkerung verbreitern.

Internationale Faktoren

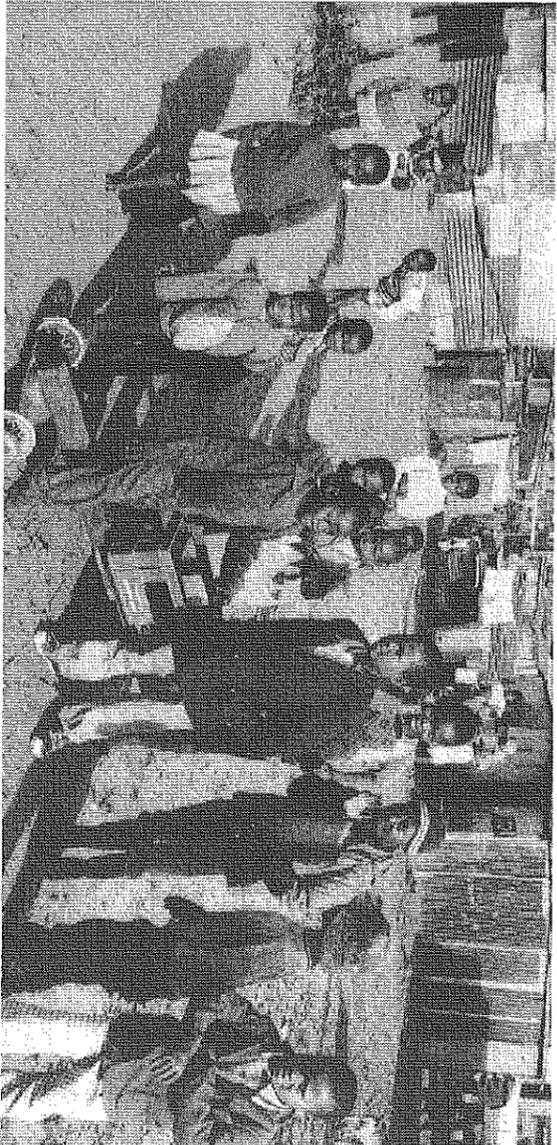
Ein entscheidender Wendepunkt war die Schlacht um Cuito Cunavale in Angola. Dort standen die Truppen Südafrikas im Sommer 1988 vor der Frage, entweder einen Rückzug einzuleiten, oder den Krieg zu eskalieren, was die Gefahr neuer Kämpfe in Südafrika selbst hätte heraufbeschwören können. Aufgrund der internationalen Lage wurde die Entscheidung zum Rückzug erleichtert: Wegen der wachsenden Probleme im eigenen Land suchte Gorbaschow auf internationaler Ebene Kompromisse mit dem US-Imperialismus. Deshalb konnte sich Südafrika sogar aus Namibia zurückziehen, ohne daß eine Regierungenübernahme der SWAPO den Kapitalismus oder die ökonomische Herr-

schaft Südafrikas über Namibia gefährdete. Dieser Faktor wurde dadurch verstärkt, daß der Kapitalismus sich weltweit im Aufschwung befindet, während die stalinistischen Länder in einer Krise stecken.

Das Regime testete die Stimmung, indem es andere ANC-Führer aus der Gefangenschaft entließ und die Polizei und Armee etwas mehr Zurückhaltung an den Tag legte. Dies führte zu einer verstärkten Kompromißbereitschaft der ANC-Führer. So wurde die Wende in der Politik des Regimes endgültig vollzogen.

Verhandlungen als Ende der Unterdrückung?

Wenn jetzt Verhandlungen zwischen dem ANC und dem Regime beginnen, so ist zu fragen, was am Ende dabei rauskommen kann. De Klerk dazu am 27.1.90: „Ich habe nicht vor, mich von der Macht wegzureformieren.“ (The Independent). Und: „... Meiner Meinung nach ist ein einfaches



Armut in Südafrika.

System der Regierung durch die Mehrheit ... wie auch immer die Mehrheit zusammengesetzt ist ... für Südafrika nicht das richtige System.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.2.90) Dahinter steckt, daß die weißen Unternehmer als herrschende Klasse die Kontrolle über den Staatsapparat nicht in die Hände der Mehrheit, nämlich der schwarzen Arbeiterklasse legen werden, selbst wenn eventuell sogar Vertreter des ANC in die Regierung aufgenommen werden.

Die immensen Probleme der schwarzen Arbeiterklasse - Arbeitslosigkeit (ca. 5,5 Mio.), Armut, Wohnungsnot, große Mängel in der Gesundheitsversorgung und im Bildungswesen usw. - lassen sich allerdings nur lösen, wenn sie die Kontrolle über die Wirtschaft ausübt. Dies fällt sich für die Arbeiterklasse nur bewerkstelligen, wenn sie den bestehenden Staatsapparat ablösen und einen eigenen demokratischen Arbeiterstaat, basierend auf der Selbstorganisation der Arbeiter in den Betrieben, errichtet. An die Stelle von Polizei und Armee müssen demokratisch kontrollierte, bewaffnete Arbeitermilizen treten.

Nur dann kann von einer wirklichen Befreiung der schwarzen Arbeiterklasse die Rede sein. Alles andere bedeutet die Beibehaltung der alten Herrschaft, dekoriert mit schwarzen Vorzeigepolitikern.

De Klerk ist nicht an der Befreiung der Schwarzen interessiert, sondern versucht, die Bewegung durch seine Verhandlungsstrategie abzulenken und zu vernichten. Sollte das nicht gelingen, kann er immer noch zur brutalen Unterdrückung unter Verwerdung der vollen Kampfkraft der weißen Armee zurückkehren.

Haltung der ANC-Führung

Obwohl eine wirkliche Machtübernahme an die Schwarzen offensichtlich nicht zur Disposition steht, scheint der ANC zu Verhandlungen in einem Dokument an Botha vor dem letzten Jahr, was im Januar veröffentlicht wurde: „Zwei politische Themen werden diskutiert werden müssen: zum einen die Forderung nach Mehrheitsherrschaft in einem einheitlichen Staat, zum anderen die Besserm des weißen Südafrika über diese Forderung und das Bestehen der Weissen auf strukturellen Garantien, daß Mehrheitsherrschaft nicht zur Dominanz der Schwarzen über die weiße Minderheit führt.“ „Eine Versöhnung dieser

beiden Positionen wird nur möglich, wenn beide Seiten zu Kompromissen bereit sind.“

In der Frage der Staatsmacht ist aber kein Kompromiß möglich. Entweder existiert ein Staat als Herrschaftsinstrument der Unternehmer, um der schwarzen Arbeiterklasse Arbeits- und Lebensbedingungen nach ihren Vorstellungen aufzuzwingen, oder die Arbeiter haben die Macht über die gesamte Gesellschaft. Keine herrschende Klasse hat sich in der Geschichte jemals freiwillig von ihrem Reichtum und ihrer Macht getrennt, auch nicht über Verhandlungen in kleinen Schritten. Genau diese Illusion scheint in der Führung des ANC zu dominieren.

Für die Bewegung und die täglichen Kämpfe der Arbeiter um gesicherten Lebensunterhalt kann diese Haltung schlimme Konsequenzen haben. Was ist, wenn die Regierung ein Aussetzen der Aktionen der Arbeiter verlangt (z.B. während der Verhandlungen),

Arbeiter von ihren Hungerlöhnen aber nicht mehr leben können? Ein langanhaltender, immer wieder unterbrochener Verhandlungsprozeß kann die Bewegung nur demoralisieren, da die Massen je nach Verhandlungsstand mal mobilisiert, mal gebremst würden.

Arbeitereinheit!

Das Regime der weißen Unternehmer herrscht aber nicht nur über den weissen Staatsapparat allein. Die Straßenteile „Teile und Herrsche“ bedeutet, daß auch die Schwarzen untereinander gespalten werden. Als Hebel zur Spaltung werden längst überkommene Strammstraditionen wiederbelebt. Bisher hat die ANC-Führung die sogenannten Bantustans ebenfalls als Marionetten des Regimes bekämpft. Im

werden können. Die Revolution der Arbeiter gegen ihre Unterdrücker als Schwarze kann nicht von der Revolution gegen die Kapitalisten (als weiße Unterdrücker) getrennt werden. Mit einem Programm der Arbeiterdemokratie und der Massenmobilisierung der Arbeiterklasse um soziale Forderungen könnte der ANC die Einheit der Schwarzen in der Aktion erreichen. Mit einem revolutionären Klassenappell an weiße Arbeiter könnte der Staatsapparat gespalten und somit der Anfang seines Endes eingeleitet werden. Eine Strategie der Kompromisse und der Anerkennung der Staatsmacht kann den Kampf der schwarzen Arbeiter aber nur behindern und demoralisieren.

Geert Möbius, Hamburg-Bahrenfeld
Jungsozialist

Internationale Notizen



Afrika

In vielen Ländern des afrikanischen Kontinents haben die Kämpfe in den Ostblockländern die Menschen inspiriert, gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen. In Gabun, Benin und Niger protestierten Arbeiter und Jugendliche gegen die Diktaturen. Jungendliche der Elfenbeinküste, die sich auf die Ostblockbewegungen berufen, wagen sich zum ersten Mal seit Jahren gegen den Präsidenten Houphouët-Boigny auf der Straße. Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes lieferten sich gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei, nachdem Gehaltskürzungen angekündigt wurden.

Panama

Zu Protesten bis zum Bau von Barrakden kam es am 13. März in Panama-Stadt. Obdachlose Opfer der US-Luftangriffe vom Dezember wehren sich gegen die Tatenlosigkeit der Marionettenregierung Endara. Nach einer Untersuchung leben seit Ende

1989 40% der 2,4 Millionen Einwohner in einer Situation „kritischer Armut“. Die Proteste wurden mit Polizeigewalt unterdrückt, es gab auch Schwerverletzte.

Schweiz

Im Rahmen einer Kampagne demonstrierten 30.000 Menschen am 3. März in Bern für die Abschaffung der politischen Polizei. Mit Stasi-Perlektion legte der schweizerische Staatsschutz bereits 900.000 Dossiers über Personen, Organisationen und Ergebnisse an.

USA

Im März streikten in den USA 9000 Busfahrer von Greyhound. Greyhound ist ein US-weites Unternehmen, dessen bekannte Überlandbusse zwischen rund 14.000 Städten auf einem Streckennetz von insgesamt 160.000 Kilometern verkehren. Die Busse standen jetzt weitgehend still. Die Fahrer führten den unbefristeten Streik für höhere Löhne.

Nicaragua nach der Wahl

Mit dem Sieg des Wahlbündnisses UNO unter Frau Chamorro scheint endlich das Gelingen zu sein, was den US-Imperialismus seit zehn Jahren so sehr am Herzen lag: die Zerschlagung der Revolution in Nicaragua.

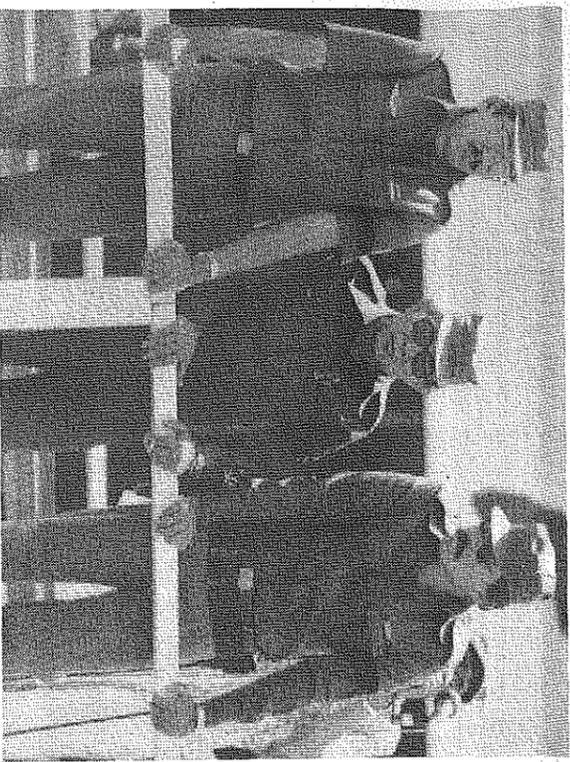
Für viele Linke ist dies ein weiterer Schlag, nach den Entwicklungen in den meisten stalinistischen Ländern. Überall sieht es so aus, als hätte der Kapitalismus nun doch den historischen Sieg errungen.

Doch besonders in Zeiten wie diesen geht es nicht darum, zu jammern. Vielmehr ist es wichtig, zu verstehen, warum sich die Dinge entwickelt haben, wie sie jetzt sind. Und genau so wichtig ist es, zu analysieren, wie sie sich in Zukunft entwickeln werden.

Als 1979 die grausame Militärdiktatur des Somoza-Clans durch den langjährigen Guerillakampf der Sandinisten, vor allem aber durch den Aufstand der Arbeiter in Managua gestürzt wurde, war die Hoffnung der nicaraguanischen Bevölkerung auf Frieden, Demokratie und Verbesserung ihrer Lebensumstände groß. In den ersten Jahren nach der Revolution wurden auch wichtige Fortschritte erreicht: durch Alphabetisierungskampagnen, den Ausbau des Schul- und Bildungswesens, Krakenhausbau und kostenloses Gesundheitswesen, Ausbau des Stromnetzes, des Straßensystems und des Wohnungswesens.

Ansonsten verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung allerdings nicht, im Gegenteil: Von 1979 bis 1983 fiel der Lebensstandard der Bevölkerung um 25%. Das lag unter anderem an der Sabotagepolitik des US-Imperialismus, der berechnete Angst vor einer Revolution hatte - und vor allem vor einer eventuellen Ausbreitung der Revolution in Mittel- und Lateinamerika, das sie als ihren Hinterhof betrachteten.

Die Auseinandersetzung zwischen Nicaragua und den USA spitzte sich 1984 zu, als die USA kurz vor einer Intervention ständen. Doch die erfolgreiche Gegenoffensive der Massen durch die Sandinisten ließ die USA angesichts eines neuen „Vietnam“ zurück.



Thomas Borge und die Brüder Ortega repräsentieren zwei Flügel innerhalb der Sandinistenruckschrecker. Bei den Wahlen 1984 jedoch gewannen die Sandinisten überlegen.

Das Volk sah auf der einen Seite die Verbesserungen, und gleichzeitig hatte es Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft, wenn die Anhängerschwierigkeiten erst einmal überwunden seien. Aber nicht dies war das Hauptproblem, sondern daß die Sandinisten nach der Machtübernahme auf halbem Weg stehen blieben. Sie übernahmen für den ehemaligen Somoza-Besitz in staatliche Kontrolle. Noch 1988 waren 60% der Landwirtschaft und 75% der Industrie in privater Hand.

Vor allem die Bürokraten Moskaus und Kubas versuchten mit all ihrer Autorität die Sandinisten von weiteren Verstaatlichungen abzuhalten - mit Erfolg. Aber der alte Staatsapparat der Somoza-Diktatur war restlos zerschlagen und durch einen neuen ersetzt worden, der auch zum Teil von den Massen mitgetragen wurde. Unter diesen Umständen betrieben die Bürokraten weitere Sabotage durch Investitionsstreiks.

Krise

Die Macht der Bourgeoisie war also keineswegs gebrochen. Dies, verbunden mit den ständigen Angriffen der von den USA finanzierten Contras, hatte verheerende Folgen für die Wirtschaft des Landes. Der Krieg gegen die

Contras kostete das Land insgesamt zwölf Milliarden US-Dollar.

Die jetzigen Wahlen fanden zu einem Zeitpunkt statt, wo der Konsumvergleichen mit 1980 - um 70% gefallen ist. Das durchschnittliche Jahreseinkommen lag bei ca. 600 DM und war damit das niedrigste der westlichen Hemisphäre.

Das seit Mai 1985 verhängte Handelsembargo der USA führte dazu, daß die Exporte Nicaraguas von 68 Mrd. Dollar 1984 auf 1,3 Mrd. Dollar 1987 fielen, die Importe von von 123 auf 3,7 Mrd. Dollar. Zwar flossen in diesen zehn Jahren ca. 3 Mrd. Dollar Hilfe aus der Sowjetunion in das Land, aber das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Gorbatschow hatte in den letzten Jahren auch angekündigt, daß von seiner Seite her keine Unterstützung mehr zu erwarten sei. Zu allem Überflus richtete letztes Jahr ein Hurrikan Schäden in Höhe von 800 Mio. Dollar an.

All dies führte dazu, daß die Inflationsrate 1988 die astronomische Zahl von 33.600% betrug. Spätestens jetzt hätte die sandinistische Regierung nachholen müssen, was sie von Anfang an versäumt: die gesamte Industrie und Landwirtschaft aus den Händen der Kapitalisten zu nehmen, einen demokratisch kontrollierten Plan zur Entwicklung der Wirtschaft aufzustellen und an die Werkstätten anderer

in der letzten Wahlkampfwocher eine Veranstaltung der FSLN in Managua 250.000 Menschen mobilisierte, dreibis viermal so viele, wie die UNO schaffte.

Immer noch haben die Sandinisten bei weitem die größte Anhängererschaft und bilden den Staatsapparat. Doch es sieht so aus, als würden sie die Durchdringung des Staates durch die Bürgerlichen akzeptieren. Ein Faktor, der diese Tendenz verstärken kann, ist die zu erwartende massive wirtschaftliche Unterstützung durch die USA. 4-5 Mrd. Dollar Hilfe für das Land erwarten Optimisten.



Sandinistische Soldaten.

Durch die Tatsache, daß Angehörige der verhassten Contra-Banden Positionen im sandinistischen Staat besetzen werden, kann zu größeren Auseinandersetzungen führen. Außerdem sollen die verstaatlichten Betriebe privatisiert werden. Schon jetzt ist klar, daß dies auf dem Land nicht durchführbar sein wird ohne eine Rebellen der 100.000 Familien, die von der Landreform profitierten.

Der Kampf gegen die Inflation und gegen das Doppeldefizit in Haushalt und Handelsbilanz wird früher oder später auf dem Rücken der Bevölkerung

Sowjetunion

„Demokrat“ Gorbatschow?

Vor einem Vierteljahr fuhr Gorbatschow nach Litauen, um Klutzumachen, daß „Glasnost“ nur so lange gilt, wie es die Macht der herrschenden Bürokratie nicht berührt. Bei diesem Besuch kam es zu einem Dialog zwischen Gorbatschow und einem Arbeiter auf der Straße (siehe VORAN Nr. 117): Arbeiter: „Wissen Sie, wie viele Litauer in den vierziger Jahren nach Sibiriem geschickt wurden und umkamen?“ Gorbatschow: „Mit diesem Mann wünsche ich nicht länger zu sprechen. Wenn die Leute in Litauen solche Haltungen einnehmen und solche Slogans, haben sie mit harten Zeiten zu rechnen.“

Mit der Unterdrückung Litauens zeigt Gorbatschow sein wahres Gesicht. Es geht ihm um den Mächterhalt der gesamten bürokratischen Kaste in der Sowjetunion und insbesondere Rußlands. Der Streit zwischen ihm und verschiedenen Hardlinern ist nur ein Streit um die Mittel des Mächterhalts. Gorbatschow ist auch bereit, die Panzer rollen zu lassen.

Die Arbeiterklasse selbst sollte die Geschenke des Landes in die Hand nehmen - gegen die Bürokratie. Das ist die einzige Möglichkeit, um auch nationale Konflikte zu lösen. Die UdSSR hat ca. 100 verschiedene Nationalitäten und 400 ethnische Gruppen. Die dabei möglichen Nationalitätsprobleme würden auch einen demokratischen Arbeiterstaat vor schwierige Aufgaben stellen. Ein bürokratischer Apparat ist aber keineswegs fähig, die ganzen Probleme zu lösen. Während die Bolschewiki 1917 das Recht auf Selbstbestimmung verteidigten, sogar soweit bis zum Recht auf Abtrennung, wurde dieses Recht von Stalin mit Fü-

ßung und der Arbeiter ausgetragen werden. Bisher haben sich die Gewerkschaften, die sich unter sandinistischer Kontrolle befinden, gegen die Angriffe ihrer eigenen Regierung kaum zur Wehr gesetzt. Das wird sich unter einer UNO-Regierung schnell ändern.

Trotz US-Hilfen wird die weiterhin unsichere Lage im Land private Kreditegeber und Investoren nicht gerade ermuntern, sich stark im Land zu engagieren, und angesichts der Finanzlage in den USA sind der staatlichen Hilfe auch gewisse Grenzen gesetzt. Die UNO-Regierung selbst wird ein

Unsicherheitsfaktor sein, denn dieses Bündnis besteht aus 14 verschiedenen Gruppierungen, von Kommunisten bis zu ganz rechten Kräften. Hieraus eine Regierung mit einer einheitlichen Linie zu bilden, wird fast unmöglich sein. Besonders bei wachsender Unruhe im Land wird es in Zukunft zu Spaltungen kommen.

Zukünftige Revolution

Spaltungen sind aber auch bei den Sandinisten abzusehen. Auch sie waren nie eine einheitliche Kraft. Schon vor der Revolution gab es einen relativ

folgerungen ziehen. Sie werden ein klares Konzept der weiteren Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle von Arbeiter- und Bauernräten entwickeln. Eine zukünftige siegreiche Revolution würde einen internationalen Appell an die Arbeiter und Bauern der ganzen Region richten. Die Revolution kann dann einen großen Schritt vorankommen auf dem Weg zu einer sozialistischen Demokratie, dem einzigen Ausweg für die Bevölkerung des Landes aus Elend, Hunger und Not. Barbara Kirschaum SPD-Mitglied

Ben getreten. So nutzte Stalin die Rote Armee, um ganze Völkerstämme zwangsweise umzusiedeln. Dies hatte mit einer Lösung des Nationalitätenproblems überhaupt nichts zu tun und stellt heute mit umso größerer Wucht die gesamte Bürokratie vor größte Probleme, da die einzelnen Völker mittlerweile ihre Angst vor der Roten Armee verloren haben.

Gorbatschow gilt hier im Westen als „Demokrat“ und wird auch als solcher von vielen Politikern gefeiert. Tatsache ist jedoch, daß Gorbatschow seit seinem Machtantritt die Befugnisse für sich immer mehr erweitert hat.

Werner Schmitz, Aachen
Jungsozialist



Protestdemonstration in Wilna, der Hauptstadt Litauens.

Spendenappell für das VORAN-Projekt Arbeiterinformation

Es ist allgemein bekannt, daß die stalinistischen Regimes die Fälschung der Geschichte zu ihrer Methode gemacht haben. Jetzt ist eine enorme Bewegung der Arbeiterklasse in der DDR entstanden, die schon viel erreicht hat. Sie hat aber auch gezeigt, daß ein großes Bedürfnis vorhanden ist, die Wahrheit über die Geschichte und über die aktuelle Lage zu erfahren.

Diesem Bedürfnis nachzukommen, haben wir uns zur Aufgabe gesetzt. Wir produzieren Material zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur Entwicklung der DDR, zu Fragen der Strategie und dem den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitern in Ost und West und den

Aufbau direkter Verbindungen zwischen ihnen.

Um dies im größeren Umfang zu gewährleisten, sind wir auf Spenden zur Deckung unserer Material-, Produktions- und Vertriebskosten angewiesen. Weiter brauchen wir auch Geld, um den Unterhalt eines Büros in West-Berlin zu finanzieren. Wir appellieren dringend an Euch: **Unterstützt unsere Arbeit!**

Die Kolleginnen und Kollegen in der DDR befinden sich in einem historischen Kampf. Steh ihnen zur Seite!

Alle Spenden an:
VORAN, Hansating 4, 5 Köln 1
 Postgarnit Essen
 Bankleitzahl 360 100 43
 Konto-Nr. 2500 59-430
 Stichwort „Arbeiterinformation“

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Seit der Verhaftung Mahmoud Masarwas im Juli 1988 setzen sich VORAN-Unterstützer in der BRD im Rahmen einer internationalen Solidaritätskampagne für die Freilassung von Mahmoud Masarwa und allen anderen politischen Gefangenen in Israel ein. Mahmoud ist ein 41-jähriger israelischer Staatsbürger palästinensischer Herkunft und Vater von drei Kindern.

Er hat als Sozialist und aktiver Gewerkschafter schon wiederholt gezeigt, daß er für die gemeinsamen Interessen jüdischer und arabischer Arbeiter kämpft. Ohne die weltweite Solidaritätskampagne, der sich zahlreiche Gewerkschaften und Parlamentarier linker Parteien angeschlossen haben, wäre Mahmouds Verhaftung von den Behörden gänzlich totgeschwiegen worden. So war der israelische Staat immerhin gezwungen, die Nachrichtensperre aufzuheben und den Prozeß öffentlich abzuhalten.

Der Forderung nach Freilassung Mahmoud Masarwas haben sich auch das Europaparlament und der Jusobundeskongreß 1989 angeschlossen. Dem Jusobundeskongreß 1990, der Ende dieses Monats in München stattfindet, liegen wieder entsprechende Anträge vor.

Mit der über Mahmoud verhängten Freiheitsstrafe von zehn Jahren können wir uns nicht abfinden. Der Richterspruch stützt sich nur auf ein unter Folter erzwungenes „Geständnis“ unmittlbar nach der Verhaftung, während alle Anklagepunkte und „Beweise“ in sich zusammengebrochen sind. Widerspruch wurde eingelegt, so daß der Fall schätzungsweise im kommenden Winter wieder vor Gericht kommen wird.



Jetzt versuchen die Behörden, Mahmoud durch unzumutbare Haftbedingungen weiczumachen. Wie Mahmoud in einem Brief aus dem Gefängnis geschrieben hat, muß er sich derzeit mit acht drogenabhängigen Häftlingen eine Zelle teilen. Es wird gezielt versucht, Mithäftlinge gegen Mahmoud aufzubetzen.

Wir sind davon überzeugt, daß Mahmouds einziges „Verbrechen“ darin besteht, als Sozialist für die Einheit jüdischer und arabischer Arbeiter einzutreten. Der israelische Staat, dessen brutale Unterdrückungsmaschinerie nur durch ein Feindbild gerechtfertigt werden kann, muß aus seiner Sicht alles daran setzen, um Kollegen wie Mahmoud zu kriminalisieren.

Wir fordern auf: Solidarisiert Euch mit Mahmoud Masarwa. Fordert die unmittlbarbare Anerkennung Mahmouds als politischer Gefangener sowie eine entsprechende Verbesserung der Haftbedingungen und unterstützt die Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“ mit Spenden.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Hallo!

Am Freitag, dem 16. März, bekam ich die Zeitung VORAN das erste Mal in die Hand und muß zugeben, daß sie mir sehr gut gefallen hat. Bravo - macht weiter so!

Doch bin ich der Meinung, daß Ihr auch mal in die Zukunft reinschauen solltet. Das heißt nachdenken: Was ist später? Wie wird es z.B. sein, wenn die BRD und DDR sich vereinen? Macht doch mal die Leser darauf aufmerksam, wie es später mal mit unserer so tollen Rente aussieht. Denn man muß ja bedenken, daß es in der DDR mehr als alle junge Menschen gibt. Und bei uns sieht es ja auch nicht gerade rosig aus. Kleines Beispiel:

Heute: Mit 18,6 Jahren im Durchschnitt Berufseintritt. Ca. 40 Jahre Beitragszahlung in die Rentenversicherung. Bei einer Altersewartung von 78 Jahren wird insgesamt viel Rente ausbezahlt, z.B. für Frührentner, die vom Beruf ausscheiden.

Früher: Mit ca. 15 Jahren Berufseintritt. Ca. 50 Jahre Beitragszahlung in die Rentenversicherung. Bei einer Altersewartung von 70 Jahren wurde insgesamt weniger Rente ausbezahlt, bei Ausscheiden vom Beruf mit einem Alter von höchstens 65 Jahren.

Wenn ich dies betrachte, wird mir ganz schlecht. Es fehlen uns ja ganze 10 Jahre im Gegensatz zu früher, und die Krönung ist ja, daß wir durch die gute medizinische Versorgung ja auch älter werden. Das ist zwar gut, doch für die Rentensituation beschissen. Wir werden also nicht wie vor Jahren versprochen 75% Rente bekommen. Ich glaube auch nicht, daß wir 40% Rente erhalten, sondern die Einheitsrente.

Für die Zeitung wünsche ich Euch viel Erfolg, und hoffe, daß Ihr auch darüber einmal schreibt!

Claudia, Köln

Anmerkung der Redaktion: Dieser Brief ist anonym, aber so interessant, daß wir ihn trotzdem veröffentlichen.

- Protestschreiben von möglichst vielen Unterzeichnerinnen von SPD und Jusos an: Prime Minister, 3 Kaplan Street, Jerusalem Israel 91919; - Direkte Briefe (in englisch, arabisch oder hebräisch) an: Mahmoud Masarwa, Prison No. 0018 3423, Ayalon Prison, PO Box 16, Prison Service Ramle, Israel; - Spenden zur Unterstützung der Kampagne an: Frank Kirsch, Postgarnit Köln (BLZ 37010050), Konto-Nr. 403171-509, Stichwort „Mahmoud“; - Kopien der Briefe an: Andreas Paqué, c/o „Kampagne Freiheit für M. Masarwa“, Lesingsstraße 13, 5000 Köln 30.



CIA. (Zugeben will man es natürlich nicht.) Er brauchte bestimmt als ehemaliger Stasoberst - und damit ist er anerkannter Fachmann - keine Umschulung. Vielleicht könnte er die Übernahme der Kollegen vom VEB „Guck und Horch“ durch den BND organisieren.

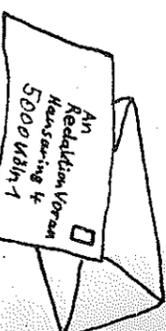
Schniergeld

Was dem Westberliner Generalstaatsanwalt sein Schalck ist für die Kieler Staatsanwaltschaft die Ex-Portpraxis von Rüstungsgütern in die „Dritte Welt“. Sie teilte mit, daß Schmiegeldzahlungen an indische Beamte im Zusammenhang mit U-Boot-Lieferungen durch der Howaldt-Deutsche-Werft-AG nach deutschem Recht nicht strafbar sind.

Hallo VORAN-Redaktion!

Ich möchte mich nun auch mal zu Wort melden. Eure Zeitung gefällt mir sehr gut, denn ich habe schon einige Exemplare bzw. Zeitungen erhalten. Unsere SPD-Ortsgruppe Böhlitz-Ehrenberg besitzt seit dem 15. Januar 1990. Wir sind 30 Mitglieder und haben schon Kontakt zur Juso-AG Wiesbaden-Altradt. Ihr kennt bestimmt Hans-Gerd Öffinger und Maria-Clara Roque. Ich möchte ihnen sowie den anderen Juso-Mitgliedern Michael, Anette, Holger, Petra, Hardy, Anouschka und Frank auf diesem Weg im Namen aller Mitglieder ganz herzlich für das hervorragende Wochenende (vom 24.-26.2.90) recht herzlich danken. Ich wünsche sehr, daß es ihnen auch gefallen hat bei uns.

Die SPD-Mitglieder in der DDR sind sei einiger Zeit häufiger Diskriminierungen und Hetze von seitens anderer Parteien, z.B. CDU, DSU und DA ausgesetzt. Es werden fast nur SPD-Plakate in Nacht- und Nebelaktionen abgerissen oder überklebt. Man hält uns auch vor, ehemalige SED-Mitglieder in unsere Partei aufgenommen zu haben. Das stimmt. Doch seit dem 7. Oktober ist Aufnahmestopp. Die ehemaligen SED-Mitglieder, die in die SPD eintreten wollen, müssen ein Jahr warten. Nach dem ersten Jahr können sie eintreten, dürfen aber keine leitenden Funktionen übernehmen. Doch keiner spricht davon, daß die Ost-CDU jahrzehntelang die stalinistische Politik der ehemaligen SED-Führung mitbetrieben hat. Jedes CDU-Mitglied war einverstanden, was die damalige SED-Führung beschlossen hat. Und jetzt kolportieren sie mit der Kohl-CDU. Sind das nicht die „Wendehälse“?



Seit 120 Jahren wurde die SPD immer diffamiert und großer Hetze ausgesetzt. Soll dies nun noch immer so sein? Für mich steht fest, am 18. März wähle ich SPD. Mit der SPD in eine gesicherte Zukunft.

Und eine Frage zum Schluss. Ihr bitret die Bundesbürger zur Spende. Aber wie können Leser der VORAN in der DDR Euch finanziell unterstützen? Ich würde mich riesig freuen, wenn diese Zeiten demnächst in VORAN erscheinen würden und ich eine Antwort von Euch auf meine letzte Frage bekomme. Es liegt mir viel daran, Euch etwas finanziell zu unterstützen.

Es grüßt Euch ganz herzlich und solidarisch

Euer Thomas

P. S. Eure Zeitung ist ziemlich Spitzzel. Im nächsten Brief sende ich Euch etwas Material von uns. Macht's gut und viel Erfolg weiterhin.

Die Redaktion: Lieber Thomas und alle anderen VORAN-Leser aus der DDR. Wir freuen uns sehr darüber, daß auch Ihr an Spenden für VORAN denkt und möchtet Euch ermuntern, uns nach Euren Möglichkeiten zu unterstützen. Es kann, muß aber nicht stets bares Geld sein. Wir können für die politische Arbeit zum Beispiel auch Bücher von Marx, Engels, Luxemburg und Lenin sehr gut brauchen, die bei Euch (noch) relativ billig zu haben sind. Am besten wären Originaltexte, nicht Textzusammenstellungen und keine Sekundärliteratur, weil letztere Produkte der stalinistischen Falschwertaktisten sind. In dieser Form können wir auch Abonements vereinbaren. Auch Dir, Thomas, viel Erfolg für eine Intensivierung unseres Kontaktes.

VORAN-Seminar

Bei dem im April stattfindenden VORAN-Seminar zu den Themen:

- Entwicklungen in der DDR
- Weltwirtschaft
- Situation in der BRD

sind noch einige Plätze frei. Anmeldungen und Einzelheiten über die Redaktion, Telefon 0221 / 134504.

Kampffonds

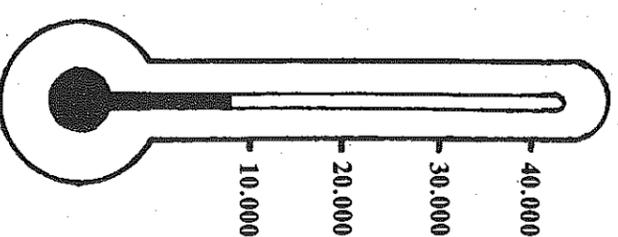
Spendet für VORAN!

Die politischen Ereignisse überschlagen sich. Bei Teilen der Linken in der BRD macht derzeit das Schlagwort vom „Scheitern des Sozialismus“ die Runde. VORAN hat jedoch nie die Ostblockdiktaturen als sozialistisch bezeichnet, sondern sich immer für Arbeiterdemokratie in Ost und West eingesetzt.

Die Bewegung in der DDR hat jetzt aufgedeckt, wir die Bürokraten sich persönlich bereichert haben. Die potentielle Überlegenheit der Planwirtschaft konnte durch Mißwirtschaft und Korruption nicht zum Ausdruck kommen.

Auch in der BRD gibt es soziale Ungerechtigkeit. Wie der Express am 28.2.90 berichtet, verdienen die 500 Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft im Schnitt eine Million DM pro Jahr. Darunter auch Edzard Reuter, Daimler-Benz-Vorstandschef und Mitglied der SPD. Mit zwei Millionen DM jährlich hat er sogar noch ein bisschen mehr.

Es ist heute wichtiger denn je, eine sozialistische Alternative, wie sie nur von VORAN vertreten wird, zu unterstützen. Dazu brauchen wir die Spenden unserer Leserinnen und Leser. So spendete z.B. Jens Breuß aus Hamburg 100 DM für unsere Zeitung. Leser in Bremerhaven verkauften marxistische Broschüren für 16 DM. In Göttingen wurden bei einem Infostand Broschüren und Buttons für 49,80 DM verkauft. In Köln wurden allein im Februar beim Verkauf der Zeitung Überschuße in Höhe von 175 DM ein-



Spendenkonto:
VORAN, Postgarnit Essen
 BLZ 360 100 43
 Kto.-Nr. 2500 59-430

ih'r da oben . . .

Glykol-Pieroth

Der voraussichtliche DDR-Wirtschaftsminister Einar Pieroth könnte dem durch Skandale geschüttelten Weinunternehmen seiner Familie zu einem unverhofften Geschäft verhelfen. Das Unternehmen könnte ihre versetzten Weine in der DDR los-schlagen. Da Pieroth und seine neue Untergebenen bald ein frostiges Klima von DDR-Arbeitslosen und den um einen höheren Lebensstandard Betrogenen erwartet, könnte sich der marktwirtschaftliche Ver-suchstleister Pieroth und die Seinen wenigstens mit eigenen Erzeugnissen berauschen und wärmen.

Es kommt zusammen, was zusammengehört

Schalck-Golodkowski. Ex-Chef-ausstatter der DDR-High-society, hat auch genug Freunde im Westen, unter anderem den verstorbenen Bayernhüpfing Franz-Josef Strauß. So findet der Generalstaatsanwalt von Westberlin nichts Verwerfliches daran, daß der „mit allen Wassern gewaschene Geschäftsmann“ (Stein-ehinterzieher Graf Otto von Lambsdorff über Schalck) mit vom DDR-Volk geklauten Geld seinen Kumpanen Honacker und Co. Villen hinstellt. Er selber hortete auf seinen Dachboden Kunstschätze. Wegen solchem Kikikram verweigern die westdeutschen Behörden dem „Überstrolcher“ Schalck doch nicht den westdeutschen Reisepaß und wahrscheinlich das Begrüßungsgeld. Wahrscheinlich verschaffte man ihm eine Stelle beim Bundesnachrichtendienst (BND) und teilweise beim



. . . wir hier unten

Kindertagesstätten

Streik in West-Berlin

Seit Mitte Januar läuft in 370 der insgesamt 396 städtischen Kindertagesstätten (Kitas) Berlins nichts mehr; 5000 Erzieher(innen) haben sich dem Streik angeschlossen (Stand 20. Februar). Auch in Kitas von anderen Trägern (z.B. AWO) und privaten Kinderläden finden Solidaritätsstreiks statt.

Der Konflikt ist keine spontane Aktion, sondern der Höhepunkt jahrelanger Unzufriedenheit über die schlechten Bedingungen für Erzieher(innen) und Kinder. Seit 15 Jahren hat sich wenig gebessert, trotz zwei sogenannter Kitaentwicklungspläne, denen der SPD-geführte Senat war recht zaghafte in ihrer Verwirklichung, während unter dem CDU-Senat freilich die Pläne ganz ausgelassen waren.

Die Kindergruppen in den Kitas wurden nicht kleiner und es fielen obendrein Stellen weg. Immer noch kommen praktisch 15 Kinder pro Gruppe auf eine(n) Erzieher(in), im Hort 20 Kinder. Da kann man eigentlich nur noch von einem Kinderaufbauwahrungsort sprechen - eine Notlösung auf Dauer. „Wer heute an den Kindern spart, wird morgen die Zechen bezahlen“, wie es auf einem Streiktransparent steht.

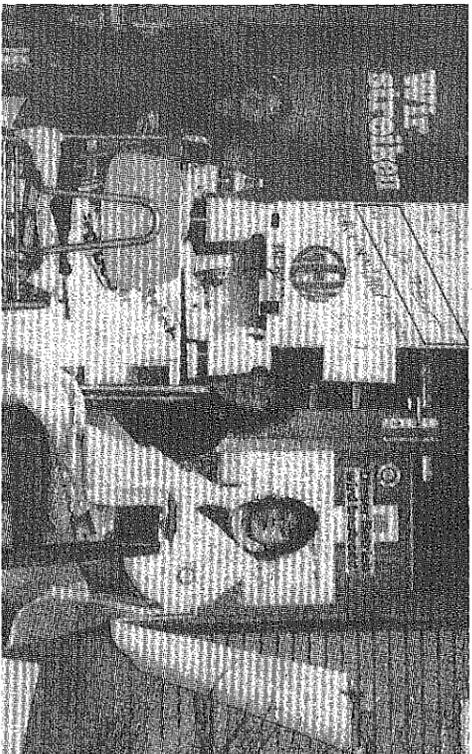
Tarifvertrag!

Die in der ÖTV und GEW organisierten Erzieher(innen) fordern einen Tarifvertrag, in dem neue Stellen, Gruppengröße und Fortbildungszeiten festgeschrieben werden. Die Anzahl der durchschnittlich 1,4 Erzieher(innen) pro Gruppe sollen auf 2,4 erhöht werden. (Ausfallzeiten wie Besprechungen, Fortbildungen, Urlaub und Krankheit müssen berücksichtigt werden.) Die Gewerkschaften bestehen auf einem Tarifvertrag, da nur so diese Verbesserungen gesichert sind, wie man aus schlechten Erfahrungen in der Senatsvergangenheit lernen mußte.

Der Senat bot 248 neue Stellen an, ein Tropfen auf den heißen Stein: von 1,4 auf 1,5 Erzieherinnen ... Das wären ca. 6 Minuten mehr Erzieherzeit für

jede Gruppe. Nach Schätzung der Gewerkschaften wären knapp 2500 Stellen nötig. Es wurden 20 Millionen DM gespart, da den Erzieher(innen) bis Mitte/Ende Februar vereinhalb Wochen das Gehalt gestrichen wurde - ironischerweise genauso viel wie das

Letzte Meldung: Nach 10 Wochen wurde der Berliner Kita-Streik eingestellt. Die Kolleginnen und Kollegen bewerteten das Ende dieses längsten Streiks in Berlin nach dem Krieg als Niederlage. (24.3.90)



Streikposten vor der Kita Freiherr von Stehn-Straße in Berlin. geplante Senatsprogramm kosten würde.

Auf Tarifverhandlungen möchte sich der Senat nicht einlassen, da personalpolitische Auswirkungen auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes und vor allem der Auftakt zu einem Arbeitskampf im Bundesgebiet befürchtet werden.

Die SPD-Führung verhält sich in

der Auseinandersetzung sehr enttäuschend, wo es eigentlich an der Zeit wäre, Wahlversprechen einzulösen. Der ausgearbeitete Kompromiß zeigt die Hilflosigkeit des SPD-Landesvorstandes: Im Februar sollte der Öffentlichkeit der Entwurf eines Kitagesetzes vorgelegt werden, außerdem sollen Ausführungsverschriften erarbeitet werden, in denen die Arbeitsbedingungen für den Kitaberreich geregelt werden.

Ein Gesetz ist jedoch nur eine sehr allgemeine Richtlinie, abgesehen da-

der Auseinandersetzung sehr enttäuschend, wo es eigentlich an der Zeit wäre, Wahlversprechen einzulösen. Der ausgearbeitete Kompromiß zeigt die Hilflosigkeit des SPD-Landesvorstandes: Im Februar sollte der Öffentlichkeit der Entwurf eines Kitagesetzes vorgelegt werden, außerdem sollen Ausführungsverschriften erarbeitet werden, in denen die Arbeitsbedingungen für den Kitaberreich geregelt werden.

von, daß es ein Jahr dauert, es zu verabschieden. Ausführungsverschriften zu diesem Gesetz lassen sich leicht wieder ändern.

Harte Worte äußerte der GEW-Vorsitzende Laube: „Mit einem billigen Trick versucht die SPD davon abzulenken, daß sie eine knallharte Politik der Konfrontation im sozialen Bereich betreibt.“ Walter Momper

Erzieher(innen)streik bundesweit ausdehnen!

Obwohl von der bürgerlichen Presse fotgeschwiegen, verfolgen viele Erzieher(innen) gespannt den Streik ihrer Berliner Kolleginnen und Kollegen.

Ein ÖTV-Info, das auf der ersten Seite kurz über den Streik in Berlin weg wie warme Semmeln. Bei unseren Dienstbesprechungen werden regelmäßig die wenigen spärlichen Informationen, die wir irgendwo rausbekommen, ausgetauscht.

Der Grund für das starke Interesse sind vor allem die katastrophalen Bedingungen, die auch in Stuttgart und anderswo Streiks rechtfertigen bzw. bald unumgänglich machen. 1500 DM Lohn für eine ausgebildete Erzieherin sind eine Unverschämtheit angesichts des Arbeitsstresses, der hohen Mieten und der sonstigen Lebenshaltungskosten. Eine Vorpraktikantin bekommt in Stuttgart übrigens nur 350 DM im Monat.

Die Richtlinien des Landesjugendamtes von Baden-Württemberg fordern eine Beschränkung der Gruppengröße auf 20 bzw. maximal 25 Kinder



Schon gewerkschaftlich organisiert?

für zwei Erzieherinnen und eine Praktikantin. Allein danach müßte in Stuttgart 35% mehr Personal beschä-

ftigt werden. Anstatt das notwendige Personal einzustellen, hat die Stadt Stuttgart die Gruppengröße auf 25 bis maximal 28 Kinder verschlechtert.

In meinem Kindergarten wird seit Wochen immer wieder eine Kinderpflegerin abgezogen, weil in einem Tagheim Erzieherinnen fehlen. In Stuttgart fehlen Spinnkräfte, die in solchen Fällen eingesetzt werden können. Für uns heißt das jetzt, daß keine Ausflüge mehr unternommen werden können, und die individuelle Förderung von einzelnen Kindern unmöglich ist. Wegen Personalmangel kann auch die tarifliche Arbeitszeitverführung nicht umgesetzt werden.

Der Unmut unter uns ist inzwischen gewaltig. Die ÖTV müßte den Streik der Berliner bundesweit ausdehnen auf alle Kindertagesstätten und Erzieherinnen. Das wäre die beste Garantie für einen schnellen Erfolg in Berlin und anderswo. Und nicht nur in Berlin muß sich etwas ändern.

Kerstin Käfer, Stuttgart
Vorpraktikantin
Juso-Kreisvorstand

scheint sich hier hinter seiner harten Linie einzumauern.

An der Basis mobilisiert sich der Widerstand gegen die Position der SPD-Spitze nur langsam. In den SPD-Kreisverbänden von drei Stadtbezirken wird der Streik unterstützt. Aus Ärger über das Desinteresse, das auf einigen Versammlungen herrschte, verbrannten schon einige Streikende ihre Parteibücher vor dem SPD-Büro.

In den Konflikten lassen sich Vorzeichen sehen für künftige harte Auseinandersetzungen zwischen SPD-Senat und Gewerkschaften in Sachen Sozialpolitik. Unter den streikenden Erzieher(innen) werden Betätigungsgen laut, daß die Vereinigung von Ost- und Westberlin ihre Arbeitsbedingungen noch verschlechtern würde.

Schritt

zur Gleichberechtigung

Bei diesem Streik, der immerhin 46.000 Kinder betrifft, damit also mindestens 20.000 Eltern aus allen Berufsgruppen, ist es schon erstaunlich, wie wenig Reaktion und Druck aus der Öffentlichkeit kommt - bei allem Deutsch-Deutschen Trübel.

Das zeigt im Grunde, daß es sich um einen „Frauenkampf“ handelt, der nicht so ernst genommen wird. Es sind

Deutsche Bundespost

Kämpfe stehen bevor

Es geht wieder rund bei der Deutschen Bundespost. Nachdem die Zer Schlagung in drei eigenständige Bereiche (Post, Postfilo und Fernmeldebereich) seit Anfang 1989 beschlossene Sache ist, hagelt auf die Beschäftigten eine Verschlechterung nach der anderen nieder. Personalabbau, schlechte Ausbildungen- und Übernahmbedingungen, erhöhter Leistungsdruck und Arbeitshetze - mit diesen Problemen müssen sich die Beschäftigten auseinandersetzen. So hat der Post-Deform-Minister Schwarz-Schilling der 39-Stunden-Woche ab 1. April 1989 entgegengewirken, indem er die Leistungsnoten raufsetzte, d.h. mehr Arbeit in weniger Zeit.

Diese Verschlechterungen haben zu großer Wut unter den Beschäftigten geführt, so daß die DPG (Deutsche Postgewerkschaft) Anfang April arbeitskampffähig sein will, um den Postminister und seine Schergen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Ziel der bevorstehenden Arbeitskämpfe ist vor allem die Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Festlegung der Leistungsnoten bzw. Bemessungsvorgaben. Nachfolgend ein Artikel von einem aktiven Postgewerkschafter.

Jens Breuß, Hamburg
Jungsozialist und DPG-Mitglied



werden können, ist dieser Tarifvertrag zwingend notwendig.

Ich appelliere hiermit an alle Beamtinnen und Beamten, diese Forderung tatkräftig zu unterstützen, z.B. Streikposten stehen in der Freizeit! Keine Beamtin und kein Beamter sollte sich als Streikbrecher heranziehen lassen, denn dieser Tarifvertrag ist für alle Beschäftigten von Wichtigkeit. Den Nutzen davon haben schließlich alle Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bundespost.

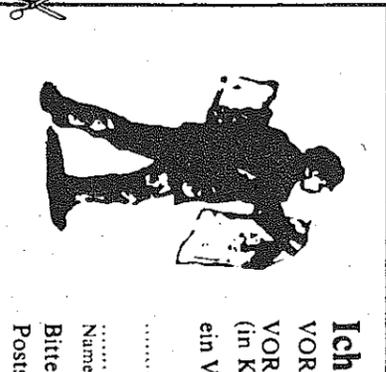
Heinz Reckling, Vertrauensmann
und Mitglied des Amtsruppenvorstandes der DPG, PA 50 in
Hamburg

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen
Name
Anschrift
Telefon
Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Ist der
Sozialismus tot?

Seite 4

Großbritannien

Massen-Protest

Gegen Kopf-Steuer

Proteste und Demonstrationen in allen Ballungszentren des Landes, aber auch in kleinen Städten an der überwiegend konservativ wählenden Südküste. Straßenschlachten in einem Ausmaß, wie es sie zuletzt 1984 während des großen Bergarbeiterstreiks gab - die neue Gemeindesteuer „Poll Tax“ stößt auf heftigeren Widerstand als jede andere Maßnahme der Thatcher-Regierung gegen die Arbeiter zuvor.

Darum geht es: Nach zehn Jahren Thatcher-Kapitalismus steckt die britische Volkswirtschaft in einer schweren Krise. Die produzierende Industrie ist geschrumpft, neue Arbeitsplätze in Dienstleistungsbereichen sind im Durchschnitt viel schlechter bezahlt. Die Inflationsrate liegt schon bei 7,7%. Britische Kapitalisten investieren die abgesparten Profite im Ausland, und die Einnahmen aus dem Nordsee-Oligeschäft reichen längst nicht mehr aus, um die stets zunehmenden Importe zu bezahlen. So wachsen die Staatsschulden an, eine Rezession droht und Thatcher sucht stets neue Wege, diese Last auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Nachdem bereits die nationalen Steuergesetze zugunsten der Spitzen-Einkommen verändert wurden, sind die Haushaltslöcher noch größer. Seit einem Jahr geht Thatcher jetzt auch an die Gemeindefiskusien („Rates“) nur von den Grundeigentümern je nach Größe ihres Besitzes erhoben. Nach dem „Poll-Tax“-Gesetz sollen nun alle erwachsenen Einwohner völlig unabhängig von Besitz oder Einkommen, eine gleich große Steuer zahlen. Die Höhe der Steuer wird von den Gemeinden selbst festgesetzt, dabei wird aber die Gemeinde verpflichtet, „kostendeckend“ vorzugehen. Gleichzeitig werden die Geldzahlungen der Regierung an die Gemeinden häufig gekürzt. Das Ergebnis ist, daß der Lord X., der mit Gattin ein ausgedehntes Schloß bewohnt, künftig statt vieler tausend Pfund nur noch einige Hundert zahlen muß; daß aber eine Arbeiterfamilie, die mit zwei erwachsenen Kindern in einer städtischen Sozialwohnung lebt, nun plötzlich von

„Kann nix zahlen, werde nix zahlen“

Schon die Ankündigung dieses Gesetzes führte zu massiven Protesten, so daß die Regierung sich gezwungen sah, einige Rabatte zuzugestehen und vor allem die neue Steuer nicht so gleich im ganzen Land einzuführen. Als „Testgebiet“ wurde Schottland gewählt, wo das Gesetz seit April 1989 in Kraft ist, der Rest des Landes sollte am 1. April 1990 folgen. Da es in Großbritannien keine Melderegister gibt, müssen alle Einwohner extra für die Erhebung dieser Steuer in besonderen Registern erfaßt werden; diese Aufgabe wurde den Gemeinden übertragen.

Obwohl die britische Labour-Partei die Poll Tax ablehnt, leistet die Labour-Führung um Neil Kinnock nur sehr halbherzigen Widerstand dagegen. Sie empfiehlt, die Steuer zu zahlen und dann bei der nächsten Gelegenheit Thatcher abzuwählen.

Diese Vorschläge gehen jedoch an der sozialen Realität völlig vorbei. Für einen großen Teil der Bevölkerung heißt die Parole schlicht: „can't pay, won't pay“ (kann nix zahlen, werde nix zahlen). Angesichts der laschen Haltung der Labour-Führung sind inzwischen landesweit Anti-Poll-Tax-

Vereinigungen (ATPU's) entstanden, die sich auf einer großen Konferenz zu einer landesweiten Föderation zusammenschlossen haben.

Zum Aufbau dieser Föderation hat der marxistische Flügel der Labour-Partei um die Zeitung „Militant“ entscheidend beigetragen. Die Vereinigungen haben sich das Ziel gesetzt, gestützt auf massenhafte Aufklärungen und Mobilisierung der Betroffenen, die Durchführung der Poll-Tax-Erhebung zu verhindern. Mit dem Motto „don't pay, don't collect“ (zahlt nichts, sammelt nichts ein) wenden sie sich an die Einwohner, aber auch an

die Gemeinderäte, die jede Handlung zur Erhebung der Poll Tax unterlassen sollen.

Fiasko für Thatcher

Zu den Sitzungen der Gemeinderäte, auf denen die Höhe der Steuer beschlossen werden soll, kommen selbst in Kleinstädten nach Aufrufen des örtlichen ATPU's oft Hunderte von aufgebracht Zusehern und verlangten Rechenschaft von ihren Abgeordneten. Weil viele Labour-Stadträte der Linie des Parteivorstands folgten, keimen ersatznehmenden politischen Widerstand organisieren und teilweise



Demonstration gegen die Kopf-Steuer in Schottland im Sommer 1989.

35-Stunden-Woche und 8,5% mehr Lohn!

IG Metall in die Offensive!

Die Kampfansagen der Unternehmer zeigen, daß sie die Arbeitszeitverkürzung mit Zählen und Klauen verhindern wollen. Die Gewerkschaft mußte sich deshalb in verstärktem Maße auf eine Auseinandersetzung vorbereiten.

Doch IG-Metall-Vorsitzender Franz Steinkühler ist hier zu detektiv. Er wäre leider sogar zu dem Kompromiß bereit, die Einführung der 35-Stunden-Woche nur schrittweise zu vollziehen, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden.

Folgende Situation haben wir heute: anhaltende Massenarbeitslosigkeit, drohende Angriffe aufgrund der möglichen Vereinigung Deutschlands, verschärfte Konkurrenz. Um mit unseren Forderungen nach der 35-Stunden-Woche, für mehr Lohn und das garantierte freie Wochenende nicht in eine

defensive Position zu geraten, müssen sie fortwährend in der Öffentlichkeit begründet werden.

Sogar die Unternehmer müssen zugestehen, daß angesichts der Preissteigerungen höhere Löhne notwendig sind. Doch auch die 35-Stunden-Woche ist dringend notwendig. Sie würde im Metallbereich ca. 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Gewerkschaft könnte viel mehr Gegenmacht zu den Unternehmen sein - auch politisch. Die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft der westlichen Welt sollte verstärkt ihre politische Verantwortung wahrnehmen. Dies gilt jetzt im Kampf für die Arbeitszeitverkürzung als ein Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit, als auch allgemein im Kampf für mehr demokratische Rechte bis hin zu echter Arbeit-

Die Redaktion Voran hat einen

Info-Dienst

zum Kampf um die Kopf-Steuer erstellt, mit Informationen und einer politischen Bewertung. Zu bestellen für 3 DM bei: Redaktion Voran, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504.

terdemokratie im Betrieb.

Nach den Tarfauseinsetzungen 1984 und '87 waren viele Kollegen über das Verhandlungsergebnis enttäuscht. Auf dem letzten Gewerkschaftstag zeigte sich diese Unzufriedenheit sehr deutlich darin, daß ein von Franz Steinkühler vorgeschlagener Kandidat für den IGM-Vorstand nicht gewählt wurde.

In der jetzigen Tarifrunde müssen wir in jedem Fall die 35-Stunden-Woche erreichen und dürfen uns nicht auf die Zukunft verlassen lassen. Die IGM-Führung darf sich nicht auf Verhandlungen am „Runden Tisch“ mit den Unternehmern verlassen, sondern auf die Kampfberettschaft der Kollegen im Betrieb verlassen. Eine Verhandlungdelegation kann man eher über den Tisch ziehen, als ganze Belegschaften auf der Straße. Das die Unternehmer beeindruckteste Argument für unsere Forderungen werden die streikenden Kollegen sein.

Markus Schramm, Kassel
Jungsozialist und IGM-Mitglied

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnortszahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von

- der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.